

Vorlage Überblick über die Ratsbeschlüsse zur Nordstadt und deren aktuelle Umsetzung

DS-Nr.: 05838-11

Stand: 30.11.2011

Inhaltsverzeichnis

1.	Sicherheit, Sauberkeit Ordnung	Seite 2 – 17
2.	Kinder, Jugend, Schule, Soziales	Seite 18 - 36
2.1	Kinder – und Jugend	Seite 18 - 28
2.2	Bildung	Seite 28 - 31
2.3	Suchtkranke	Seite 31 - 32
2.4	Prostitution (Hilfsangebote)	Seite 33
2.5	Gesundheit	Seite 33 - 34
2.6	Sonstiges Soziales	Seite 35
2.7	Migration/Integration	Seite 35 - 36
3.	Stadterneuerung, Wohnen, Lokale Ökonomie, Arbeit und Beschäftigung, Kultur	Seite 37 - 61
3.1	Stadterneuerung	Seite 37 - 43
3.2	Wohnen	Seite 44 - 49
3.3	Arbeit, Beschäftigung, lokale Ökonomie	Seite 49 - 53
3.4	Kultur	Seite 54 - 57
3.5	Sport und Freizeit	Seite 57 - 59
3.6	Imageverbesserung	Seite 59 - 61
3.7	Sonstiges	Seite 61
4.	Allgemeines	Seite 62 - 70
4.1	Finanzen	Seite 62 - 64
4.2	Analysen / Korrekturen	Seite 64 - 67
4.3	Leitbild	Seite 68
4.4	Integriertes Stufenkonzept „Lebenswerte Nordstadt“	Seite 68 - 70

1. Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung			
Pos	Sicherheit, Sauberkeit, Ordnung	Grundlage	Sachstand
1	Stadtverwaltung wird aufgefordert, die vom Rat der Stadt Dortmund beschlossene Aufstockung der Ordnungspartnerschaften aus dem eigenen Personalbestand unverzüglich umzusetzen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag CDU-Fraktion, 03691-11-E3, Punkt 5 (s. Fußnote 1)	Zu diesem Thema wurde dem Rat am 26.05.2011 bereits separat berichtet (DS 04309-11).
2	An jeder Schule wohnt ein Hausmeister, um die Pflege der Gebäude und des Geländes auch außerhalb des Unterrichts sicherzustellen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.6 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 40:</u> An folgenden Schulstandorten bewohnen Schulhausmeister eine Dienstwohnung im Stadtbezirk Innenstadt-Nord: Albrecht-Brinkmann-Grundschule, Anne-Frank-Gesamtschule, Gertrud-Bäumer-Realschule, Hauptschule in der Landwehr, Lessing-Grundschule, Nordmarkt-Grundschule. Die Schulstandorte, an denen keine Hausmeisterwohnungen vorhanden sind, werden im Wege von Bereitschaftsdiensten von Schulhausmeistern beaufsichtigt und kontrolliert.
3	Prävention zur Verhinderung von Kinderunfällen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.7 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez:</u> Den Runden Tisch zur Prävention von Kinderunfällen gibt es seit 1998. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen und Vereinigungen werden zu den Schwerpunkten Haushalt, Verkehr und Freizeit die unterschiedlichsten Projekte mit dem Ziel entwickelt, möglichst vielen Eltern, Erzieher/innen und Lehrer/innen und vielen anderen die Gefahrenquellen für Kinder aufzuzeigen und ihnen ihre Vorbildfunktion bewusst zu machen. Die Motivation zu einer positiven Verhaltensänderung ist dabei angestrebtes Ziel. Seit der Gründung im Jahr 1998 sind die Verkehrsunfälle in Dortmund bereits um ein Vielfaches zurückgegangen. So hat sich im Zeitraum 2001 bis 2009 die Zahl der im Straßenverkehr verunglückten Personen in Dortmund von 2910 auf 2634 verringert. Neben Unfällen im Straßenverkehr passieren sehr viele häusliche Unfälle mit Kindern. Besonders gefährdet sind die Kleinsten im Alter von bis zu 3 Jahren. Überdurchschnittlich häufig sind davon Kinder aus türkischen Familien betroffen. Der Runde Tisch "Prävention von Kinderunfällen in Dortmund" wurde mit dem Ziel gegründet, Verkehrsunfälle und häusliche Unfälle vor Ort langfristig zu vermindern. Dazu werden innerhalb und außerhalb der

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<p>Nordstadt verschiedene Aktivitäten, Aktionswochen, Veranstaltungen mit Schulen, Kindergärten, Eltern und Anwohnerinnen/Anwohnern des Wohnviertels durchgeführt. Diese Verkehrssicherheitsmaßnahmen sollen nicht nur eine Aufklärung der Eltern und Kinder verstärken, sondern auch eine Sensibilisierung der Bewohnerinnen/Bewohner, ja aller Verkehrsteilnehmer für diese Problematik fördern und die gemeinsam entwickelten Vermeidungsstrategien unterstützen. Die Krankenhausfälle infolge von Verbrennungen und Vergiftungen bei Kindern unter 15 Jahren sind im Zeitraum 2001 bis 2009 von 138 auf 64 zurück gegangen. Der Runde Tisch „Prävention von Kinderunfällen“ wurde im Jahre 2007 mit dem Deutschen Präventionspreis ausgezeichnet.</p> <p><u>Information durch 7/Familienprojekt:</u> Das Familien-Projekt, hier das Familienbüro Innenstadt Nord, hat gemeinsam mit dem Runden Tisch zur Prävention von Kinderunfällen in den Jahren 2009, 2010 und 2011 jeweils zwei Informationsveranstaltungen mit dem Titel "Kindersicher ist kinderleicht" durchgeführt, Veranstaltungsort ist der Kinderschutzbund, der in der Nordstadt liegt. Hier geht es um die Prävention von Kinderunfällen im Haushalt, hauptsächlich betroffen sind Kinder im Alter bis 6 Jahren.</p>
--	--	--	---

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

4	Schulwegsicherung	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.7 (s. Fußnote 1)	Siehe Antwort zu Pos. 3 u. 79.
5	Aufstellung eines Gewerbeplanes mit Festlegungen, welche gewerblichen Nutzungen in welchen Bereichen möglich und erwünscht sind.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Die Aufstellung eines "Gewerbeplans" mit Vorgaben für den Branchenbesatz und Geschäftsgrößen liegt in der Zuständigkeit des Fachbereichs 61. Die Erarbeitung einer gemeinsamen Konzeption wird derzeit von Fachbereich 61 und der Wirtschaftsförderung, NORDSTADT-BÜRO, geprüft.
6	Einrichtung eines Laden- und Gewerbeflächenmanagements zur Verhinderung der Aneinanderreihung von Billiganbietern, Call-Shops und Spielhallen und Wettbüros	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 33:</u> Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Gewerbefreiheit nach der Gewerbeordnung ist zu prüfen, ob die Ansiedlung der genannten Betriebe zu verhindern ist (siehe auch Textbeitrag zu Pos.31). Die Gewerbeordnung gibt der Gewerbeanmeldung keine Möglichkeit, eine Gewerbeanmeldung aufgrund der Nachbarschaft zu anderen Betrieben zu verwehren. Geprüft werden darf hier nur, ob folgende Voraussetzungen erfüllt sind: <ul style="list-style-type: none"> • Selbständigkeit • auf Dauer angelegtes Gewerbe • Gewinnerzielungsabsicht • nur erlaubte Tätigkeiten Eine Steuerung könnte hier nur aus Blickwinkel der Planung, Werbung und Förderung erfolgen. <u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Nach der Wiedereröffnung der Quartiersbüros in den Bereichen Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz (letzte Eröffnung Juli 2011) hat die Wirtschaftsförderung Dortmund damit begonnen, ein Gewerbeflächen-Leerstandsmanagement in der Dortmunder Nordstadt zu initiieren und dauerhaft zu verankern. Die Zusammenarbeit mit den Quartiersbüros, den Quartiershausmeistern (Grünbau gGmbH) und den Service- und Präsenzdiensten (Ordnungsamt), die diese Informationen vor Ort sammeln und bündeln, wird sichergestellt. Die Erarbeitung einer gemeinsamen Konzeption wird derzeit von StA 61 und der Wirtschaftsförderung, NORDSTADT-BÜRO, geprüft.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

7	Reduzierung der LKW-Durchgangsverkehre und des LKW-Parkens	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.5 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 32:</u> Soweit das Parken von og. Fahrzeugen durch entsprechende Verkehrsbeschilderung verboten ist, erfolgt im Rahmen der personellen Möglichkeiten durch die Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes auch die Sanktionierung. Für Kontrollen von Durchfahrtsverbote liegt die Zuständigkeit allerdings ausschließlich bei der Polizei. In den Einsatz der Task Force Nordstadt ist nahezu täglich mindestens ein Team der Verkehrsüberwachung des Ordnungsamtes integriert. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überwachen den ruhenden Verkehrs ausschließlich in der Nordstadt, erfassen etwaige Verstöße über eine spezielle Hard-/Software, sodass zeitnah Verwarn- oder Bußgelder (je nach Rechtsverstoß) verhängt werden. In gravierenden Fällen werden Fahrzeuge aus Gründen der Gefahrenabwehr unmittelbar abgeschleppt.</p> <p><u>Information durch Fachbereich 61:</u> Siehe Antwort zu Pos. 8. Durch die Einrichtung der Lkw-Entlastungszone und der Sperrung für Lkw in der Brackeler Straße wird der Lkw-Durchgangsverkehr bereits herausgehalten. Eine zusätzliche Entlastung wird mit der Realisierung der Nordspange erwartet.</p>
8	Einrichtung von Anwohnerparkzonen in besonders belasteten Bereichen, damit das „wilde Parken“ wirksam bekämpft wird.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.6 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 61/3:</u> In Quartieren mit hohen Nutzungskonkurrenzen beim Parkraum können Bewohnerparkzonen die Parkchancen für Bewohner verbessern. Dies ist mit Schreiben vom 22.06.2011 (DS-NR: 03825-11-E1) bereits der BV Innenstadt-Nord mitgeteilt worden. Hierin enthalten ist auch die Aussage, dass ein Bewohnerparkkonzept für hoch belastete Bereiche in die Warteliste des Jahresarbeitsprogramm 2012 des Geschäftsbereichs Mobilitätsplanung des Stadtplanungs- und Bauordnungsamt aufgenommen wird.</p>
9	Das Parken von LKW, Bussen, Wohnwagen, Wohnmobilen, Kleintransportern und Schrottsammelautos in Wohngebieten wird untersagt und konsequent ordnungsrechtlich verfolgt.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.6 (s. Fußnote 1)	Siehe Antwort zu Pos. 7.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

10	Ausbau der Patenschaften für „Pantoffelgrün“ und Baumscheiben	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.3 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Eigenbetrieb 52/5-Stadtgrün:</u> Die Übernahme einer Patenschaft ist stets eine freiwillige, ‚ehrenamtliche‘ Aktivität, die in der Regel im engen Zusammenhang mit dem persönlichen Wohn- und/oder Arbeitsumfeld steht. Von städtischer Seite kann im Zusammenhang mit dem Stadtmarketing dafür geworben und durch Start-Aktionen aufmerksam gemacht werden. Ein jährlicher ‚Gestaltungs- bzw. Bepflanzungs‘- Wettbewerb mit einigen attraktiven Preisen könnte hierbei nützlich sein. Baumpatenschaften werden in Kooperation mit dem Tiefbauamt intensiv vom Quartiersmanagement als Impulsgeber unterstützt.</p>
11	Keine Duldung einer ortsfesten Drogen-Szene, Zerschlagung der Dealer-Strukturen, Verfolgung und Ahndung von „Klein-Dealern“.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.4 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 32:</u> Der Handel und Konsum von illegalen Drogen stellt einen Straftatbestand dar, für deren Verfolgung die Zuständigkeit ausschließlich bei der Polizei liegt. Im Rahmen der gemeinsamen Streifen der Ordnungspartnerschaft/Task Force Nordstadt unterstützt das Ordnungsamt die Polizei allerdings. In Fällen, in denen Einsatzkräfte des Ordnungsamtes im Rahmen ihrer Tätigkeit Betäubungsmittel etwa bei überprüften Personen oder in kontrollierten Objekten auffinden, wird die Polizei hinzugezogen. Durch eine Veränderung der Abläufe im Rahmen der Gewerbemeldung (vgl. Pos. 16) und einen Ausbau der Zusammenarbeit des Bereichs Gewerbeerlaubnisse mit der Polizei konnten die Bemühungen, im Zusammenhang mit Betäubungsmitteldelikten und anderen Straftaten auffällig gewordene Gewerbetreibende bereits präventiv an der Übernahme oder Neuerrichtung von (Kleinst-)Gaststätten zu hindern, erfolgreich intensiviert werden.</p>
12	Alkohol-Verbote im Umkreis von Kindertageseinrichtungen, Spielplätzen, Schulen und Jugendfreizeitstätten aussprechen und durchsetzen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.6 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 32:</u> Für Alkoholverbote im Umkreis der og. Anlagen und Einrichtungen mangelt es an den rechtlichen Voraussetzungen. Weder nach bundes- noch nach landesrechtlichen Vorschriften ist das Trinken von Alkohol im fraglichen Bereich verboten; dasselbe gilt für orts-rechtliche Regelungen. Letztere können mangels gesetzlicher Ermächtigungsnorm auch nicht durch den kommunalen Verordnungsgeber geschaffen werden. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die ausführliche Antwort der Verwaltung zu einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 14.05.2009 (DS-Nr. 14938-09-E1) verwiesen.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

13	Kontrolle der umliegenden gefährdeten Bereiche in der Nordstadt muss durch ausreichendes Personal bei Polizei und Ordnungskräften sichergestellt werden.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.1 (s. Fußnote 1)	Zu diesem Thema wurde dem Rat am 26.05.2011 bereits separat berichtet (DS 04309-11).
14	Menschenansammlungen auf Bürgersteigen, die ein Passieren durch Fußgänger unmöglich machen, werden unter Wahrung der rechtsstaatlichen Mittel konsequent aufgelöst.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Soweit eine solche Ansammlung nicht Teil einer weitergehenden Aktion ist (z.B. im Rahmen einer Kundgebung/Versammlung) und durch sie ein Passieren des Gehweges für Fußgänger unmöglich gemacht wird bzw. Fußgänger ggf. sogar zu einem Ausweichen auf die Fahrbahn gezwungen werden, erfolgt durch die Einsatzkräfte von Polizei und Ordnungsamt deren Auflösung auf der Grundlage des § 1 StVO. Solche vormals insbesondere im Bereich der Mallinckrodtstraße beobachteten Ansammlungen sind jedoch weder dort noch an anderer Stelle mehr festzustellen.
15	Das Übernachten in Autos ist nicht zulässig. In Zukunft werden Personen, die in Autos übernachten, kostenpflichtig verwarnet.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.4 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Auf der Grundlage der OBVO wird ein solches Verhalten unterbunden und festgestellte Verstöße i. d. R. mit einem Verwarngeld in Höhe von 20 € sanktioniert. In Einzelfällen sind von den Einsatzkräften der Task Force Nordstadt entsprechend genutzte Fahrzeuge abgeschleppt worden.
16	Die Ausübung des Gewerbes wird unverzüglich durch die Gewerbeaufsicht anhand der Gewerbeanmeldungen überprüft und ggf. entsprechende, strafbewehrte Maßnahmen ergriffen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.5 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Die Arbeitsabläufe im Rahmen der Gewerbemeldung wurden zwischen Bürgerdiensten und Ordnungsamt so verändert, dass auch die Betreiber erlaubnisfreier Gastronomien aus den Postleitzahlbereichen 44145 und 44147 zunächst im Bereich Gewerbeerlaubnisse vorsprechen müssen. Dort wird eine umfassende Zuverlässigkeitsprüfung (Vorstrafen, Steuerschulden, polizeiliche Erkenntnisse) angestoßen. Sofern sich daraus Gründe für eine Gewerbeuntersagung ergeben, wird ein entsprechendes Verfahren eingeleitet. Eine unterbliebene Gewerbeanzeige stellt im Übrigen lediglich eine Ordnungswidrigkeit dar und kann nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

17	Alle LKW und Pkw, die für den Export angemeldet sind, werden überprüft und bei Überschreiten des Ausfuhrdatums stillgelegt und beschlagnahmt.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.7 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 33:</u> Eine Überprüfung der Fahrzeuge mit einem Ausfuhrkennzeichen ist nur im Rahmen der allgemeinen Verkehrsüberwachung möglich. Ist das Ausfuhrdatum überschritten erfolgt eine Stilllegung des Fahrzeuges. Alle Antragssteller für Export- und Kurzzeitkennzeichen werden ab 01.09.2011 darüber hinaus über die Nutzungserlaubnis der Kennzeichen schriftlich gegen Unterschrift belehrt. In Zusammenarbeit mit Polizei und Fachbereich 32 werden Verstöße mit dem Entzug des Kennzeichens und sofortiger Stilllegung des Kfz vor Ort geahndet. Eine Beschlagnahme ist rechtlich nicht möglich.
18	Sicherheit in Wohngebäuden ist zu gewährleisten durch Einhaltung der einschlägigen Bauvorschriften, insbesondere Brandschutz und Vorschriften des Beherbergungsgewerbes.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.8 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Bei den Gebäuden, bei denen bauordnungsrechtliche Mängel - einschließlich Brandschutz - festgestellt wurden, sind die Mängel direkt von den Eigentümern oder im Rahmen von Ersatzmaßnahmen beseitigt worden. Akute Gefahrenzustände gibt es derzeit nicht.
19	Eine weitere Überbelegung in Wohngebäuden wird nicht länger geduldet.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.8 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Eine Überbelegung von Wohngebäuden ist derzeit nicht bekannt. Die ehemals vorhandenen Missstände, soweit baurechtlich relevant, wurden beseitigt. Fachbereich 64 weist darauf hin, dass das WFNG NRW keine Eingriffsmöglichkeiten bei der Überbelegung von Wohnungen vorsieht.
20	Es werden künftig wieder automatisch Meldebestätigungen durch das Einwohnermeldeamt ausgestellt, die dem Vermieter vorgelegt werden können.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.9 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 33:</u> Das Meldegesetz sieht eine obligatorische Vermieterbescheinigung ausdrücklich nicht vor. In begründeten Ausnahmefällen kann die Meldebehörde eine Bestätigung des Wohnungsgebers (der nicht zwingend mit dem Vermieter identisch sein muss) verlangen. In den Fällen der möglichen Scheinadressen ist dies gängige Praxis. Der Entwurf zur Anpassung des Bundesmeldegesetzes sieht hier eine Wiedereinführung der Vermieterbescheinigung vor. Die Experten zweifeln die Wirksamkeit des Instrumentes jedoch an, da es eben wegen der kaum spürbaren Wirkung im Verhältnis zu dem damit verbundenem Aufwand bei der letzten Gesetzesreform aus dem Gesetz gestrichen wurde. Die Kontrollmöglichkeiten des Melderechts aus §§ 3, 19 MG NW zur Prüfung aller anmelderelevanten Unterlagen und Nachweise werden voll ausgeschöpft.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

21	Die Ordnungspartnerschaften müssen personell in den Stand versetzt werden, ihre Aufgaben zu erledigen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.10 (s. Fußnote 1)	Zu diesem Thema wurde dem Rat am 26.05.2011 bereits separat berichtet (DS 04309-11).
22	Die Kriminalitätsstatistik soll künftig auf der Basis der statistischen Unterbezirke in Dortmund ausgewiesen (tatort- und wohnortbezogen) werden.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 6.11 (s. Fußnote 1)	Liegt in der Zuständigkeit der Kreispolizeibehörde.
23	Rat nimmt den Sachstand zu den verwahrlosten Häusern zur Kenntnis	Ratsbeschluss 31.03.2011, 03691-11, Punkt 3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Der „Arbeitskreis Problemhäuser“ tagt seit April dieses Jahres in einem monatlichen Rhythmus. Durch das dem Nordstadtbüro des Ordnungsamtes angegliederte „Fallmanagement Problemhäuser“ wurden seit April dieses Jahres - teilweise mit Unterstützung anderer am Arbeitskreis beteiligter Fachbereiche und der Polizei - 64 Kontrollen von bekannt gewordenen potentiellen Problemhäusern durchgeführt. In 37 Fällen wurden dabei Feststellungen gemacht, die weiterer Bearbeitung durch die zuständigen Fachbereiche bedurften. Am häufigsten (19 Mal) wurden Abfallablagerungen auf dem jeweiligen Grundstück festgestellt und das Umweltamt informiert. Die Bauaufsicht wurde 11 Mal über möglicherweise gefahrenträchtige bauliche Zustände in Kenntnis gesetzt. Obwohl in den kontrollierten Objekten oft Missstände festgestellt wurden, konnte ein Verwahrlosungszustand, der ein sofortiges ordnungsbehördliches Eingreifen ermöglicht bzw. notwendig gemacht hätte, nur in einem weiteren Fall festgestellt werden. In diesem Wohnhaus war aufgrund von Zahlungsrückständen die Strom- und Wasserversorgung durch die DEW21 eingestellt worden. Gegen den Eigentümer erging seitens des Gesundheitsamtes eine Ordnungsverfügung, in der dieser aufgefordert wurde, die Versorgung mit Strom und Wasser unverzüglich wiederherzustellen. Die Mieterinnen und Mieter wurden durch mehrsprachige Aushänge auf eine mögliche Untersagung der weiteren Nutzung/Schließung des Hauses aufgrund von Infektionsgefahren hingewiesen. Letztendlich haben die Bewohner von sich aus das Haus umgehend verlassen, sodass weitere (Zwangs-)Maßnahmen durch die Stadt nicht notwendig waren. Das Objekt ist z. Zt. leerstehend. Die Kontrollen von auffälligen Häusern und die Tätigkeit des „Arbeitskreises Problemhäuser“ werden weiter fortgesetzt.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

24	Rat nimmt die Intensivierung der Arbeit der Sicherheitskonferenz zur Kenntnis und beschließt die Einbindung der Stadtbezirksöffentlichkeit.	Ratsbeschluss 31.03.2011, 03691-11, Punkt 7 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez:</u> Vgl. Berichterstattung in der Ratsitzung am 29.09.2011 mit der Vorlage „Sicherheit, Ordnung und soziale Betreuung in der Dortmunder Nordstadt, hier: Bericht zur Schließung des Straßenstrichs an der Ravensberger Straße“ Drucksache Nr.: 05323-11.
25	„Optimierung des Einsatzes von Sauberkeitskolonnen“. Zielsetzung muss die Ausweitung sein. In diesem Zusammenhang besteht Klärungsbedarf zwischen der Aussage „höchste Reinigungsintensität aller Dortmunder Stadtbezirke“ (S. 6) und der tatsächlichen Wahrnehmung im Vergleich zu den anderen Stadtbezirken	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 6/Dez / EDG:</u> In Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Quartiersservice, dem Jobcenter und der AWO werden übergreifend große Bereiche der Nordstadt händisch gereinigt. Dies trifft auch Randbereiche, die nicht in der originären Zuständigkeit der Stadt/der EDG liegen (z. B. DB-Flächen). Die Maßnahmen zur Reinlichkeit auf dem Straßen- und Wegenetz der Nordstadt übersteigen bei weitem die gesetzlichen Vorgaben und in ihrem Umfang auch den abfallwirtschaftlichen Einsatz in den übrigen Stadtbezirken. Allerdings gibt es vermehrt private Flächen, die (ohne soziale Kontrolle) den Eindruck der Verschmutzung verstärken.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

26	„Optimierung der Aufstellorte für Straßenmülleimer“. Zielsetzung muss die Ausweitung und regelmäßige Leerung sein.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 6/Dez / EDG:</u> Unter Beteiligung von Mitgliedern der BV, der Verwaltung und der Anwohner fanden in 2009 und 2010 mehrere Vor-Ort-Termine und Begehungen statt, bei denen gemeinsam die Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation besprochen und in deren Folge dem Antrag zur Optimierung der Aufstellorte und der Anzahl der Straßenpapierkörbe Rechnung getragen wurde.
27	Sperrmüllaktionen. Ausweitung des Angebotes zu einem „mobilen Recyclinghof“ an wechselnden Standorten mit geringen Gebühren. Es wird ein vermehrtes Sponsoring seitens der EDG erwartet.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 6/Dez / EDG:</u> Gemeinsam mit dem Quartiersmanagement, dem Quartiersservice und dem Nordstadtbüro wurden zahlreiche Sperrmüll- und Entrümpelungsaktionen in den Nordstadtquartieren durchgeführt. Die Aktionen wurden durch Veröffentlichungen in den Nordstadtzeitungen „nordmund“ und „Aktiv im Brunnenstraßenviertel“ redaktionell begleitet. Entsprechende Sperrmüll- und Entrümpelungsaktionen wird die EDG auch weiterhin unterstützen.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

28	<p>„Optimierung der Standorte für Wertstoffcontainer“. Zielsetzung muss die Erhöhung der Anzahl und eine regelmäßige Leerung/Pflege sein.</p>	<p>Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)</p>	<p><u>Information durch 6/Dez / EDG:</u> In Zusammenarbeit mit der BV u. a. wurde ein Maßnahmenbündel zur „Qualitätsoffensive Depotcontainer-Standort in der Innenstadt-Nord“ erarbeitet und zwischenzeitlich umgesetzt. Hierbei war das vorrangige Ziel, das Depotcontainernetz flexibel den aktuellen Notwendigkeiten anzupassen. Das Konzept berücksichtigt dabei sowohl den Servicegedanken für die Dortmunder Bevölkerung wie auch die Verbesserung des Stadtbildes und der Stadtsauberkeit.</p>
29	<p>„... muss das Wirken der öffentlichen Hand im Straßenbild deutlich sichtbar werden...“ Teilweise unkonkrete Aussagen zum Thema „verstärkter Einsatz“. Nur durch Umschichtungen in der Verwaltung? Durch Überstunden? Oder geht das Ganze auf Kosten anderer Stadtbezirke?</p>	<p>Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)</p>	<p><u>Information durch Fachbereich 61 / Fachbereich 32:</u> Sichere Nordstadt: Bei der stadtweiten, lagebildorientierten Personaleinsatzplanung des Ordnungsamtes genießt die Nordstadt hohe Priorität; zumindest zeitweise werden deshalb Streifendienstkräfte aus anderen Stadtbezirken zugunsten der Nordstadt eingesetzt. Nach Ratbeschluss vom 26.11.09 sollen die Stellen der Ordnungspartner auf 35 bzw. 48 Stellen aufgestockt werden, um eine verstärkte Präsenz von Ordnungskräften im Stadtbild zu erreichen. Diese Aufstockung wird letztlich allen Dortmunder Stadtbezirken zugute kommen.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

30	In Verbindung mit der Verlängerung der Präsenzzeiten ist die (Wieder-) Aufnahme des Projekts „Nachtspaziergänge“ nach Rotterdamer Vorbild zu empfehlen. Die positiven Auswirkungen (Rückgang der Diebstähle und Kleinkriminalität, Zusammenarbeit Bürger und Polizei) stellen einen erheblichen Imagegewinn dar.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Die Nachtspaziergänge sind in der Vergangenheit durch den Nordmarkt Plus e.V. durchgeführt worden. Die Anregung wurde entsprechend an den Verein weitergeleitet.
31	Konkretisierung "unerwünschte Gewerbeansiedlungen". Welche Maßnahmen bei welchen Betrieben angedacht? (Wettbüros, Anbahnung von Prostitution, ...)	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Die bauordnungs-, planungs- oder gewerberechtlichen Möglichkeiten, einer „Monokultur“ von Gewerbebetrieben (Internet-Cafés, Trinkhallen, Wettbüros usw.) entgegen zu wirken, werden geprüft.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

32	Aussage „Ausrüstung optimieren“ konkretisieren. Missverständnisse vermeiden (Bewaffnung).	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Der Punkt „Ausrüstung optimieren“ bezieht sich z. B. auf die Umstellung des bislang verwendeten und mittlerweile veralteten Analog-(Bündel)-Funks auf ein digitales Funksystem und auf eine verbesserte Ausstattung mit Fahrzeugen; eine „Bewaffnung“ städtischer Mitarbeiter scheidet definitiv aus.
33	Es fehlen Aussagen/Perspektiven zur Bekämpfung des Drogenhandels auf offener Straße und in den Wohnungen. Wesentlicher Punkt in Bezug auf das Sicherheitsgefühl der Bewohner.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Sichere Nordstadt: Die Verfolgung und Verhütung von (Drogen-)Straftaten wie dem Drogenhandel liegt in der ausschließlichen Zuständigkeit der Polizei. Städtische Dienststellen, auch das Ordnungsamt, können hier nicht tätig werden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

34	Umgestaltung des Nordmarkts: Es fehlen detaillierte Angaben zu den geplanten Maßnahmen (vor dem Hintergrund der dargestellten finanziellen Aufwände). Es ist zu prüfen, ob einzelne, weniger kostenintensive Maßnahmen vorgezogen werden können (Wintergarten Rasthaus Fink)	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb 52 - Stadtgrün:</u> Die Verwaltung prüft jeweils die unterschiedlichen Möglichkeiten, auch kurzfristig Maßnahmen umzusetzen. Bisher wurden Anfang 2010 ein radikaler Rückschnitt und die Einrichtung eines Paradiesgärtchens vorgenommen, der Nordmarkt hälftig als Spielplatz ausgewiesen sowie der Nordmarktkiosk, das Toilettenhäuschen und die Arkaden neu gestrichen. Derzeit wird die Einbindung der Pflegemaßnahmen in ein Projekt vorbereitet.
35	Punktuell Alkoholverbot durch Umwandlung in Spielplätze. Noch vor ein paar Jahren wurden Spielplätze zugemacht. Wie ernsthaft ist der Wille zur tatsächlichen Einrichtung von Spielplätzen? (Aussagen zu Betreuung, Wartung, Angebote für die Altersgruppe 11-15 fehlen)	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Die Umwandlung von öffentlichen Grünanlagen zu Spielplätzen erfolgte bislang auf der Heroldwiese, am Flensburger Platz und auf der nördlichen Hälfte des Nordmarkts. Durch die damit verbundenen Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen konnten feste Trinkerszenen aufgelöst und eine angstfreie Nutzung der Flächen ermöglicht werden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

36	Alkoholkonsumraum in Verbindung mit S. 16, Tab. 3.1.7 (öffentliche Alkoholszenen in Summe ca. 1360 Personen). Hier ist ein deutlicher Bedarf an weiteren geschützten Räumen erkennbar. Erwähnt wurde die Erweiterung der Methadon-Ausgabestelle, aber weitere Aussagen fehlen.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Ein Vergabeverfahren zur Einrichtung einer Aufenthaltsgelegenheit für Alkoholranke mit der Möglichkeit des Alkoholkonsums konnte mit Erfolg abgeschlossen werden. Die zur Realisierung erforderliche Zustimmung der Bezirksregierung Arnsberg liegt vor. Es ist beabsichtigt, die Einrichtung am 02.01.2012 in Betrieb zu nehmen.
37	Rat fordert die Verwaltung auf, die ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Dortmund (OBV) dergestalt anzupassen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, dass eine Regelung zur Reinhaltung der Umgebung von Imbissbetrieben und Trinkhallen aufgenommen wird. Analog der Regelung der Stadt Bochum könnte ein Paragraph folgenden Wortlaut haben: "Wer Waren zum sofortigen Verzehr verkauft (z. B. Imbissbuden, -stände, Kioske, Trinkhallen, Schnellrestaurants, Bäckereien	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag CDU- Fraktion, 00852-10-E4, Punkt 1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Die Aufnahme einer Vorschrift zur Reinhaltung der Umgebung von Imbissbetrieben, Trinkhallen und ähnlichen Gewerbebetrieben wird bei einer zukünftigen Änderung der Ordnungs-behördlichen Verordnung der Stadt Dortmund geprüft und dem Rat der Stadt zur Entscheidung vorgelegt.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	<p>und Supermärkte) muss ausreichende Abfallbeseitigungskapazitäten aufstellen. Die Behälter sind je nach Bedarf, mindestens jedoch täglich - spätestens 30 Minuten nach Geschäftsschluss - zu entleeren. Darüber hinaus ist der oder die Gewerbetreibende verpflichtet, täglich - mindestens 30 Minuten nach Geschäftsschluss - auf den Gehwegen in einem Umkreis von 20 Metern um die Verkaufsstelle Abfälle der von ihm oder ihr verkauften Waren zu beseitigen.</p>		
38	<p>Nach satzungskonformer Anpassung der OBV stellt die Verwaltung dem Rat ausführlich dar, wie der Vollzug der Maßnahme kontrolliert und umgesetzt werden soll.</p>	<p>Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag CDU- Fraktion, 00852-10-E4, Punkt 2 (s. Fußnote 1)</p>	<p><u>Information durch Fachbereich 32:</u> Soweit die OBV künftig eine solche Rechtsnorm enthält, werden die Umsetzungs- und Vollzugsmöglichkeiten von der Verwaltung dargestellt. Die bauordnungs-, planungs- oder gewerbe-rechtlichen Möglichkeiten, einer „Monokultur“ von Gewerbebetrieben (Internet-Cafés, Trinkhallen, Wettbüros usw.) entgegen zu wirken, werden geprüft.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

2. Kinder, Jugend, Schule, Soziales			
	2.1 Kinder – und Jugend	Grundlage	Sachstand
39	Flächendeckendes flexibles Ganztagsbetreuungsangebot in Kitas und Schulen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.1 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch 7/Familienprojekt:</u> Ganztagsbetreuungsangebot an Schulen: Dies ist bezogen auf den Primarbereich in der Nordstadt umgesetzt. Neben drei gebundenen Ganztagsgrundschulen mit 1000 Plätzen bieten vier offene Ganztagsgrundschulen weitere 435 Plätze. Bereits zum Schuljahr 2010/2011 lag der Versorgungsgrad mit schulischen Ganztagsangeboten in der Nordstadt bei 60,11 % und damit am höchsten im Vergleich mit allen anderen Stadtbezirken. Es wird angestrebt, die Anzahl der OGS-Plätze weiter auszubauen.</p> <p><u>Information durch Fachbereich 51:</u> Der Rat der Stadt Dortmund hat in seiner Sitzung im Mai 2011 den weiteren Ausbau der Betreuungsangebote in Dortmund für die nächsten Jahre zunächst bis 2015 beschlossen und die Verwaltung mit der entsprechenden Umsetzung beauftragt. Ziel ist es, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem 3. Lebensjahr bzw. auf eine Betreuung ab dem 1. Lebensjahr (Bedarfsdeckung 35%), entsprechend den gesetzlichen Vorgaben zu erfüllen. Der gesetzliche Betreuungsanspruch gilt für alle in Dortmund lebenden Kinder unabhängig von Herkunft bzw. sozialem Hintergrund. Gemeinsam mit den freien Trägern ist ein bedarfsgerechtes Angebot entwickelt worden, das jährlich fortgeschrieben und vom Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie beschlossen wird. Zusätzliche Angebote in der Nordstadt werden 2012/2013 sowie in den Folgejahren geschaffen.</p> <p><u>Information durch Fachbereich 40:</u> Die Schulen im Stadtbezirk Innenstadt Nord verfügen über ein flächendeckendes Ganztagsangebot in flexiblen Organisationsformen. Nachfolgend sind die Schulen aufgeführt: Schule - Ganztagsangebot - (Organisationsformen) Albrecht-Brinkmann-Grundschule - Offene Ganztagschule (OGS) Diesterweg-Grundschule - Offene Ganztagschule (OGS) Grundschule Kleine Kielstraße - Offene Ganztagschule (OGS) Lessing-Grundschule - Offene Ganztagschule (OGS) Libellen-Grundschule - Offene Ganztagschule (OGS) Oesterholz-Grundschule - Offene Ganztagschule (OGS) Nordmarkt-Grundschule - Offene Ganztagschule (OGS) Hauptschule in der Landwehr - gebundener Ganztagsbetrieb (im Aufbau)</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<p>Hauptschule Lützowstraße - pädagogische Übermittagsbetreuung Gertrud-Bäumer-Realschule - pädagogische Übermittagsbetreuung Helmholtz-Gymnasium - gebundener Ganztagsbetrieb (im Aufbau) Anne-Frank-Gesamtschule - gebundener Ganztagsbetrieb Kielhornschule (Förderschule Lernen) - Offene Ganztagschule (OGS)</p>
40	Kostenfreier Kindergartenbesuch für alle Kinder ab 3 Jahren	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.2 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 51:</u> Durch Beschluss des Landtages von Juli 2011 ist ab dem 01.08.2011 das 3. Kindergartenjahr beitragsfrei. Die seit 01.08.2008 geltende Beitragssatzung in Dortmund enthält eine weitgehende Geschwisterregelung, in der festgelegt wird, dass bei mehreren betreuten Kindern eine Familie nur für ein Kind (in der Regel das jüngste) einen Elternbeitrag zahlt. Eltern mit einem Jahreseinkommen von bis zu 18.000,00 € sind von der Beitragszahlung befreit. Dies gilt auch für Empfänger von Leistungen nach SGB II, dem SGB XII oder dem Asylbewerberleistungsgesetz. Durch diese Regelungen profitiert insbesondere auch die Zielgruppe. Inzwischen sind damit mehr als die Hälfte aller in TEK, OGS und Kindertagespflege betreuten Kinder beitragsfrei.</p>
41	Einrichtung einer Jugendfreizeitstätte am Borsigplatz	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.5 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 51:</u> Auf Grundlage der Ergebnisse der sozialräumlichen Jugendhilfeplanung und der Aktionsraumplanung 08/09 ist die derzeitige Förderung der Angebote für Kinder und Jugendliche in der Nordstadt gut geplant und strukturiert. Die Angebote werden von den Zielgruppen sehr gut wahrgenommen und es gibt keine größeren Lücken in der Versorgung. Das gilt für institutionelle offene Angebote und zielgerichtete Maßnahmen, die auch an Vormittagen durchgeführt werden. Für den Aktionsraum Borsigplatz stehen den Kindern und Jugendlichen folgende Angebote und Einrichtungen zur Verfügung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Stadtteil-Schule e.V, Oesterholzstraße 118-120 • Kinder- und Teenstreff „Keck“ Stahlwerkstraße 27a • Jugendtreff Borsigplatz, Oesterholzstraße 85 • Kings Kids, im Gebäude Stern des Nordens, Oesterholzstr., Ecke Hirtenstr. <p>Weiterhin steht im Aktionsraum ein Streetwork-Angebot zur Verfügung. Darüber hinaus, aber nicht erfassbar sind Angebote von Moscheen und Sportvereinen. Einzelne Gruppen, die in der Nordstadt auffällig wurden, konnten durch eine zeitnahe Reaktion der Einrichtungen oder durch die Nordstadtliga erreicht werden. Der derzeitige Bestand an Einrichtungen und Angeboten im Aktionsraum Borsigplatz wird auf der Grundlage der Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern zurzeit als ausreichend eingeschätzt. Durch die mit den freien Trägern der Jugendhilfe geschlossenen vertraglichen Regelungen kann davon ausgegangen werden, dass die bestehenden Strukturen auch in den nächsten Jahren gesichert sind.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

42	Beteiligung aller Jugendfreizeitstätten am Projekt „Jugendforum“	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.5 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 51:</u> Mit der Beantragung von EU Ziel II Fördermitteln ist das Jugendforum Nordstadt konzeptionell neu aufgestellt worden. Das Konzept entspricht den Kriterien für Jugendbeteiligung in Dortmund, die Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen der Nordstadt ist gewährleistet. Mit dem Start des Projekts im September 2011 sind Besuche der Verantwortlichen des Jugendforums in allen Jugendtreffs der Nordstadt vorgesehen. Dadurch sollen die Kinder und Jugendlichen motiviert und eingeladen werden, mit ihren Belangen das Jugendforum zu nutzen. Der Fachreferent für Kinder- und Jugendförderung in der Nordstadt wird regelmäßig an Sitzungen des Jugendforums teilnehmen.</p>
43	Einführung einer Kindergartenpflicht für Kinder, die festgestellten Förderungsbedarf in der deutschen Sprache haben, einschließlich finanzieller Sanktionen, wenn diesem Angebot nicht nachgekommen wird	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.8 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 51:</u> Die Betreuung eines Kindes in einer TEK ist grundsätzlich freiwillig und wird von den Eltern entschieden. Im Rahmen des nach dem Schulgesetz NRW durch die Schulen durchzuführenden Sprachstandfeststellungsverfahren wird zwei Jahre vor der Einschulung eines Kindes das Sprachvermögen geprüft. Wenn ein Förderbedarf festgestellt wird, werden die Eltern durch die Schulaufsicht aufgefordert, für das Kind Sprachförderungsmaßnahmen, in der Regel in der TEK, in Anspruch zu nehmen. Besucht ein Kind noch keine TEK wird den Eltern, in Verbindung mit dem Jugendamt, ein Förderangebot mit einer verpflichtenden Teilnahme für ihr Kind gemacht. Bei Nichtbeachtung sind durch die Schulaufsicht Sanktionen in Form von Bußgeldern möglich.</p>
44	Patensystem für alle Spielplätze. Paten sind Ansprechpartner für Kinder	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.4 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 51:</u> Im Stadtbezirk Innenstadt-Nord stehen zurzeit für 34 Spielplätze 20 Spielplatzpaten zur Verfügung. Das Jugendamt wird auch in Zukunft weitere Spielplatzpaten werben, damit noch mehr Spielplätze entsprechend betreut werden können. Siehe Antwort zu Pos. 50.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

45	Prävention durch Förderung gesunden Essens und Kochens für Kinder und mit Kindern und Eltern	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.3 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch 5/Dez:</u> Im Rahmen des Projektes „Muttersprachliche Elternbegleiterinnen für Kindergesundheit“, das vom Dortmunder Gesundheitsamt koordiniert wird, wurden seit 2007 insgesamt 34 Elternbegleiterinnen zu verschiedenen Themen der Kindergesundheit geschult. Die ehrenamtlich tätigen Elternbegleiterinnen geben die Informationen im Rahmen von Elterntreffs (z.B. Elternfrühstück, Elterncafés) an andere Mütter mit Migrationshintergrund in Kindertagesstätten bzw. Grundschulcafés der Nordstadtgrundschulen weiter. In der Regel sind die Elternbegleiterinnen über 3 Jahre ehrenamtlich in der Kindertageseinrichtung aktiv, so lange sie durch ihre Kinder dort Anbindung haben. In einigen Fällen gab es den nahtlosen Übergang zu den Elterncafés der Nordstadtgrundschulen. In folgenden Einrichtungen der Nordstadt sind Elternbegleiterinnen aktiv:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Familienzentrum Lünener Straße (Innenstadt-Nord) - Familienzentrum Dürener Straße (Innenstadt-Nord) - DRK Familienzentrum Zwergenland (Innenstadt-Nord) - Familienzentrum Schiffskoje (Innenstadt-Nord) - 7 Elterncafés der Nordstadt-Grundschulen <p><u>Information durch 7/Familienprojekt:</u> Das Familien-Projekt hat gemeinsam mit Partnern ein Informations- und Bildungsangebot entwickelt, das aus drei Bausteinen besteht. Ziel ist es, Eltern und Kindern einen ersten Zugang zu den Themen Entwicklung, Ernährung und Bewegung zu ermöglichen und darauf aufbauend weitere Bildungsangebote zu vermitteln. Das Angebot ist niederschwellig angelegt und soll vor allem Familien und Kinder in den Aktionsräumen der Sozialen Stadt erreichen. Insoweit wird es auch im Stadtbezirk Innenstadt-Nord implementiert. Der Baustein „Iss was!?!“ wurde in Kooperation mit der Katholischen Bildungsstätte für Erwachsenen- und Familienbildung Dortmund konzipiert. Er befasst sich mit dem Thema „Ernährung“ und beleuchtet zunächst das Ess- und Kaufverhalten von Familien. Dieser Baustein kann nach einer „Schnupperstunde“ – bei entsprechendem Wunsch der teilnehmenden Eltern- auf weitere vier Veranstaltungen, in denen u.a. gemeinsam gekocht wird, ausgeweitet werden.</p>
46	Rat nimmt den Bericht des Jugendamtes zu den erforderlichen Maßnahmen zum Kinderschutz sowie die Ausführungen zur Migrationsproblematik im schulischen Bereich zur Kenntnis.	Ratsbeschluss 31.03.2011, 03691-11, Punkt 6	Kein Arbeitsauftrag erkennbar, nur Kenntnisnahme .

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

47	Einrichtung von Schulwegpatenschaften zwischen Schülern der gleichen Schulen/Schulstandorte in Verbindung mit einem Bonus-System mit dem Ziel, dem Schulschwänzen zu begegnen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 1. a) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 40:</u> Im Rahmen der engen Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Schule und dem staatlichen Schulamt wurden die Vorschläge dem schulfachlichen Partner bekanntgegeben. Aufgrund der schulgesetzlichen Zuständigkeitsregelungen liegt es im Ermessensbereich der Schulaufsicht, die Schulen hinsichtlich des vorgeschlagenen Programms, zu beraten.
48	Bezirksübergreifende Schüleraustausche/Kooperationen realisieren	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 1. b) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 40:</u> Im Rahmen der engen Zusammenarbeit zwischen dem Fachbereich Schule und dem staatlichen Schulamt wurden die Vorschläge dem schulfachlichen Partner bekanntgegeben. Aufgrund der schulgesetzlichen Zuständigkeitsregelungen liegt es im Ermessensbereich der Schulaufsicht, die Schulen hinsichtlich des vorgeschlagenen Programms, zu beraten.
49	Bezirksübergreifende Jugendaustausche/Kooperationen zwischen den Jugendeinrichtungen realisieren.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 1. b) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 51:</u> Im Rahmen der Kinder- und Jugendförderung finden regelmäßige Kontakte zwischen den Jugendfreizeiteinrichtungen in den Dortmunder Stadtbezirken statt. Hierzu zählen Sport- und Kulturveranstaltungen (Fußballturniere, Band-Auftritte) aber auch Angebote zur Jugendbildung (Veranstaltungen des Respekt-Büros für Toleranz und Demokratie, Kampagne zum Thema Alkoholmissbrauch "Blau sein ist blöd").
50	Für jeden Spielplatz in der Nordstadt ist ein Spielplatzpate zu akquirieren. Vorrangig für den Spielplatz Schleswiger Platz	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 2. b) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 51:</u> Im Stadtbezirk Innenstadt-Nord stehen zurzeit für 34 Spielplätze 20 Spielplatzpaten zur Verfügung. Das Jugendamt wird auch in Zukunft weitere Spielplatzpaten werben, damit noch mehr Spielplätze entsprechend betreut werden können. Siehe auch Antwort zu Pos. 44.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

51	Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit der TU und der FH regelmäßige Berührungspunkte zwischen den Studierenden und Schülern der Nordstadtschulen zu erwirken. Dabei ist auf Basis einer Selbstverpflichtung auch die Möglichkeit verstetigter Kurse/ Projekte mit Bezug zur Dortmund-Nordstadt zu eruieren, die Studierende von TU und FH an Schulen und Jugendeinrichtungen in der Nordstadt abhalten.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 3. a) + b) (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 1/ III:</u> Bei dieser Position sowie den Positionen 52, 97, 116, wird auf die Erarbeitung des Masterplans Wissenschaft hingewiesen. Die Darstellung der bisherigen gemeinsamen Aktivitäten mit den Dortmunder Hochschulen und die Entwicklung zukünftiger umsetzbarer Projekte ist Gegenstand des Masterplans Wissenschaft(Ratsbeschluss vom 30.6.2011). Schon heute sind Lehramtsstudierende in den Schulen der Nordstadt im "Dortmunder Modell -Sprachliche Kompetenz für Schüler und Schülerinnen mit Migrationshintergrund" aktiv zusammen mit der Stadt Dortmund/RAA und der Technischen Universität, unterstützt durch die Stiftung Mercator. Gemeinsam mit der TU Dortmund und der FH Dortmund und dem Fachbereich 61 wurde eine speziell auf die Nordstadt bezogene Online-Praktikantenbörse eingerichtet, die Praktikumsplätze in Unternehmen und Einrichtungen in der Nordstadt anbietet. Das Projekt der Fachhochschule Dortmund "Hochschulen vor Ort" (mit der WF Dortmund und der Stiftung Mercator) will die Nordstädter stärker an den Bildungsmöglichkeiten der Fachhochschule beteiligen, bereits Studierende mit Migrationsgeschichte werden in den Schulen der Nordstadt die Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte beraten.</p> <p><u>Information durch Fachbereich 40/5-Regionales Bildungsbüro:</u> Hierbei handelt es sich um ein Projekt der Fachhochschule Dortmund mit zwei Teilprojekten. Das Regionale Bildungsbüro strebt hier im Zeitgewinn-Handlungsfeld "Übergang Schule-Hochschule optimieren" eine Kooperation an.</p>
52	Die Verwaltung wird im Dialog mit der TU / FH beauftragt, die Möglichkeit einer Ansiedlung von Dependancen dieser Institution in der Nordstadt zu eruieren.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 3. c) (s. Fußnote 2)	<p><u>Information durch Fachbereich 1/ III:</u> Das Nordstadtprojekt der Fachhochschule Dortmund (gemeinsam mit der Wirtschaftsförderung Dortmund und der Stiftung Mercator)will kreative Impulse in die Nordstadt durch Atelierräume und Existenzgründungen von Architekten und Designern tragen. <u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Die FH Dortmund konnte sich im Januar 2011 im bundesweiten Wettbewerb „Mehr als Forschung und Lehre“ der Stiftung Mercator und des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft im Teilnehmerfeld von insgesamt 78 teilnehmenden deutschen Hochschulen als eine von fünf Siegerinnen mit dem Projekt "Hochschule vor Ort in der Dortmunder Nordstadt" durchsetzen. Die Projektlaufzeit begann am 01.07.2011 und endet am 30.06.2013. Die Projektinhalte sind in zwei Säulen gegliedert: Säule 1 „Studium International“ - Gewinnung von Studenten/innen verstärkt mit Migrationshintergrund: - Einrichtung eines Projektlabors; es sollen Angebote für Jugendliche gemacht werden, um ein erweitertes Interesse an Technik und Kreativität zu wecken. Die FH Dortmund und mögliche universitäre Abschlüsse/Berufsbilder technischer Berufe werden vorgestellt. - Studentische Studienberatung in Nordstadtschulen, - Implementierung eines Mentoren-Systems für studentische Projektbetreuung und Studienberatung, - Elternarbeit; insbesondere in den Migranten-Communities Säule 2 „Kreative machen Quartier in der Nordstadt“:</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<ul style="list-style-type: none"> - Anmietung von Ladenlokalen und Wohnungen als Ateliers, dauerhaft und temporär, - Nutzung von leer stehenden Räumlichkeiten durch Absolventen des Fachbereichs Design und Architektur, - Werkstatt zur Erstellung eines Nordstadt-Magazins und andere PR-Aktivitäten, - Wettbewerbe für künstlerische Fassadenaufwertungen, Wettbewerbe um Kunst in Fenstern zu präsentieren. Die Suche nach geeigneten Räumlichkeiten in der Dortmunder Nordstadt wird derzeit vom NORDSTADT-BÜRO der Wirtschaftsförderung unterstützt. <p><u>Information durch Fachbereich 40/5-Regionales Bildungsbüro:</u> Hierbei handelt es sich um ein Projekt der Fachhochschule Dortmund mit zwei Teilprojekten. Das Regionale Bildungsbüro strebt hier im Zeitgewinn-Handlungsfeld "Übergang Schule-Hochschule optimieren" eine Kooperation an.</p>
53	Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Konzept mit dem Ziel zu erörtern, wie vor allem die junge Bevölkerungsstruktur vorteilhaft genutzt werden kann.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt V. 2. (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Für das Zusammenwirken im Stadtteil insbesondere mit der jungen Bevölkerung ist das Quartiersmanagement nicht zuständig, sondern die Jugend- und Schulverwaltung. Eine Vernetzung der Verwaltung zum Quartiersmanagement ist über einen engen Austausch mit der AG JuNo gesichert.</p> <p>Siehe Pos. 39 – 50.</p>
54	Bisher ist nur eine der fünf geplanten Kindertageseinrichtungen gebaut und kann in Betrieb gehen. Die anderen vier Einrichtungen sind laut Konzept "vorgesehen". Sie sind sowohl in den o.g. Zeitplan als auch konkret in den Finanzierungs- und Umsetzungsplan aufzunehmen.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 5 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 7/Dez.:</u> Die Kindertagesstätte (TEK) Bülowstraße wurde im Ende 2010 eröffnet. Die weiteren Kindertagesstätten sind wie folgt geplant: TEK Uhlandstr. (acht-gruppige Einrichtung) Der Bauantrag wurde eingereicht und wird zurzeit geprüft. Für die Nordstadteinrichtungen TEK Burgholzstr. West, TEK Sunderweg und TEK Hoeschpark ist auf die Vorlage 03685-11 hinzuweisen, die den politischen Gremien vorgelegen hat.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

55	Es fehlen Aussagen zu den Erfolgen der aufsuchenden Arbeit. Reicht eine Streetworker-Stelle tatsächlich aus?	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Kosten für die Streetworkerstelle beim Diakonischen Werk sind fester Bestandteil der kommunalen Förderung und notwendige Voraussetzung für die niedrigschwellige Arbeit. Im Rahmen des Programms Soziale - Stadt Dortmund Nordstadt werden zusätzliche Kapazitäten für Sozialarbeit zur Verfügung gestellt. Über einen Zeitraum von drei Jahren wird die Straßensozialarbeit rund um den Nordmarkt insbesondere in den Abend- und Nachtstunden verstärkt. Insgesamt sind in den Sommermonaten drei und in den Wintermonaten zwei 400 € Kräfte unterstützend tätig. Ergänzende Ausführungen siehe Pos. 71.
56	Es fehlen Aussagen zu den eingerichteten Kinderstuben und den Perspektiven dieser Betreuungsform.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch FABIDO:</u> Um Bildungsbenachteiligung offensiv zu begegnen – unter dieser Leitidee wurde das Projekt „Kinderstuben im Wohnblock“ im Rahmen des Aktionsplanes Soziale Stadt gestartet. Die drei Kinderstuben stellen im Rahmen der Kindertagesbetreuung in Familien ein bisher einmaliges vorschulisches Betreuungsangebot im Bildungsdreieck Kinderstube, Tageseinrichtung für Kinder und Schule in der Dortmunder Nordstadt dar. Für 24 Kinder wird vor dem Eintritt in eine Kindertageseinrichtung ein wohnortnaher Ort geboten, an dem sie entsprechend ihrer Lebenssituation, Herkunft sowie ihrem Entwicklungsstand durch den Einsatz von qualifizierten Tagesmüttern individuell gefördert werden. 2,5 Jahre erfolgreiche Arbeit mit Kindern und Eltern aus vielen unterschiedlichen Nationalitäten in den Kinderstuben bestätigen das Konzept der frühen Förderung, um Voraussetzungen für eine Chancengleichheit von Kindern aus benachteiligten Familien zu schaffen. Für Chancengleichheit im Bildungssystem ist das Beherrschen der deutschen Sprache und die Sprachförderung, auch innerhalb der Familie, entscheidend. Beide Aspekte sind ein bedeutender Bestandteil der konzeptionellen Arbeit der Kinderstuben. Die Zusammenarbeit mit den FABIDO – Tageseinrichtungen für Kinder, in denen eine Platzgarantie für die Kinder nach der Zeit in der Kinderstube besteht und die Zusammenarbeit mit dem Kooperationspartner Grundschule Kleine – Kiel – Straße im Rahmen einer systemisch arbeitenden Bildungslandschaft fördert die Effektivität und Nachhaltigkeit dieses ersten gezielten Angebotes für die

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			Familien. Bei dem von den Tagesmüttern begleiteten Übergang von Kindern und Eltern zunächst in die Tageseinrichtung, später in die Grundschule kann die Bildung der elterlichen Fähigkeiten zur Förderung ihrer Kinder systematisch fortgeführt und das Familiensystem weiter gestärkt wird.
57	Die Aussagen zum Bereich Sprachförderung in den Kindergärten sind dürftig. Wie werden städtische und Landesmittel konkret verwendet? Stellenschlüssel ? Weitere RAA-Module außer "Griffbereit" (8.1.4, S. 40) im Einsatz? Gibt es eine Evaluation (zumal die Defizite bei Schulanfängern eher zunehmen als abnehmen)? Wie hoch ist der tatsächliche Bedarf für eine wirksame Sprachförderung vor dem Eintritt in die Schule?	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 7/Familienprojekt:</u> Bei den Produkten "Griffbereit" und "Rucksack" ist das Ziel, Mehrsprachigkeit zu fördern, die Herkunftssprache und Deutsch. Dazu wird die Kompetenz der Eltern gestärkt und die allseitige Entwicklung der Kinder gefördert. Hinzu kommt, dass die Interkulturelle Ausrichtung der Einrichtungen, KiTas und Schulen durch die Produkte sich entwickelt. In der Nordstadt sind "Griffbereit"-Gruppen in den folgenden Einrichtungen: Familienzentrum Haus der Generationen, Missundestr. 78 Familienzentrum Stollenstraße, Stollenstr. 41 Familienzentrum Zwergenland, Kirchderner Str. 54 - 55 Familienzentrum Lünener Str. 25 "Rucksack in der Kita" wird im Kindergartenjahr 2011/2012 in der Einrichtung Stollenstraße beginnen. Zukünftig soll das Projekt „Rucksack“ auch in der Grundschule eingerichtet werden. "Sprache verbindet", ein Kooperationsprojekt von Rotary-Clubs Dortmund, Regionaler Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien und Stadt- und Landesbibliothek befasst sich mit Sprachförderung in der Nordstadt. Derzeit werden 27 Kinder aus KiTas und 70 Kinder aus Grundschulen gefördert.
58	In der Tabelle sind nicht alle laufende Maßnahmen aufgeführt. Bsp.: „komm.kids.com“ im Keuninghaus, Jugendförderkreis Mallinckrodtstraße	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen,	<u>Information durch 7/Dez:</u> Die hier genannten Einrichtungen werden in Zukunft mit aufgenommen.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

		00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	
59	Der Rat beschließt die in 2008 vom Rat beschlossenen neuen Kitas werden umgehend realisiert.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Fraktion Die Linke, 00852-10-E6, Punkt 1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 51:</u> Die Kitas sollen umgehend realisiert werden (Zeitplan siehe unter s.o. Drucksache Nr. 00852-10-E3 Nr. 5).
60	Das Projekt Kinderstuben, das sehr gut angenommen wurde und erfolgreich arbeitet, wird weiter geführt.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Fraktion Die Linke, 00852-10-E6, Punkt 1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch FABIDO:</u> Das Projekt Kinderstuben wird weiter geführt.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

61	Von den 5 neu zu zertifizierenden Familienzentren werden mindestens 2 in der Nordstadt entstehen.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Fraktion Die Linke, 00852-10-E6, Punkt 1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch FABIDO:</u> Zwei Familienzentren sollen in der Nordstadt realisiert werden.
	2.2 Bildung	Grundlage	Sachstand
62	Unternehmenspatenschaften mit weiterführenden Schulen für eine bessere Vermittlungsquote in Ausbildung.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.4 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 40:</u> Die Anne-Frank-Gesamtschule und die Hauptschule in der Landwehr haben Bildungspartnerschaften mit Unternehmen abgeschlossen mit dem Ziel, den Jugendlichen Einblicke in betriebliche Wirklichkeit zu geben und sie fit zu machen für eine betriebliche Ausbildung. Die Hauptschulen und die Anne-Frank-Gesamtschule können sich/die SchülerInnen für „simulierte Vorstellungsgespräche“ in Betrieben anmelden (Organisation Reg. Bildungsbüro). Die Hauptschulen bieten interessierten und motivierten SchülerInnen der 10. Klassen die Möglichkeit, ein Langzeitpraktikum zu absolvieren (1 Tag pro Woche im Betrieb).
63	Übergangsmanagement von der Schule in den Beruf als dauerhafte Aufgabe an der Anne-Frank Gesamtschule, der Gertrud-Bäumer-Realschule und den Hauptschulen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.4 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 40:</u> Als eigenverantwortliche Schulen erarbeiten die Schulen ihr eigenes Profil. Zur Unterstützung gibt es verschiedene Programme, die teilweise vom Regionalen Bildungsbüro koordiniert werden. Dortmunder Berufswahlpass: Seit 2009 arbeiten alle Dortmunder Schulen mit dem Berufswahlpass (ab Klasse 8). Startklar! Mit Praxis fit für die Ausbildung ist ein Programm des Landes NRW in Kooperation mit der AA. Im Fokus stehen insbesondere Schülerinnen und Schüler, die den direkten Übergang in eine Ausbildung anstreben. Von den Nordstadt-Schulen ist die Hauptschule an der Lützwowstr. beteiligt. Berufsorientierungsprogramm der Bundesregierung/BMBF Das Programm ist Teil der neuen BMBF-Initiative "Bildungsketten", mit deren Hilfe dem drohenden Fachkräftemangel in Zusammenarbeit mit den Ländern und Sozialpartnern entgegengesteuert werden soll. Instrumente und Maßnahmen der Bildungsketten-Initiative sind u.a.: Potenzialanalysen ab der 7. Klasse

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<p>und Berufsorientierungsmaßnahmen für Schüler/innen ab der 8. Klasse. Beteiligt sind in Dortmund alle Förder-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen (so weit sie nicht an STARTKLAR s.o. beteiligt sind). In der Nordstadt also die Hauptschule in der Landwehr, die Anne-Frank-Gesamtschule und die Gertrud-Bäumer-Realschule. Für die Potenzialanalysen steht den SchülerInnen der Nordstadtschulen das Jugendkompetenzzentrum (EDG Gebäude Sunderweg – Kooperationsvertrag der Stadt Dortmund/Regionales Bildungsbüro mit der EDG und dem ISB e.V. zur Verfügung.</p> <p>Die Potenzialanalyse umfasst 3 Tage im 7. Schuljahr und endet mit Förderempfehlungen für den weiteren beruflichen Orientierungsweg. Die Berufsorientierung umfasst insgesamt 80 Std./2 Wochen; die Jugendlichen können bei verschiedenen Trägern 3 verschiedene Gewerke kennenlernen.</p> <p>Berufseinstiegsbegleitung ist ein Programm der Bundesagentur für Arbeit. An ausgewählten Schulen werden Jugendliche mit der Zielperspektive Duale Ausbildung ab der 9. Klasse bis in Ausbildung begleitet. Schwerpunkte sind die Beratung der Jugendlichen, die Unterstützung bei Bewerbungen, Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche. Beteiligt sind die Hauptschule In der Landwehr sowie die Anne-Frank-Gesamtschule.</p> <p>Sprachförderung und Berufsorientierung: Das Angebot ist zusätzlich und freiwillig und richtet sich an ausgewählte kleine Schülergruppen (3-6 SuS), die besonderer fachsprachlicher Förderung bedürfen. Verantwortlich ist die RAA in Kooperation mit der TU Dortmund und der Stiftung Merkator. Beteiligte Schulen in der Nordstadt: Anne-Frank-Gesamtschule, Gertrud-Bäumer-Realschule, Helmholtz-Gymnasium.</p> <p>Schulsozialarbeit: An den Hauptschulen und an der Anne-Frank-Gesamtschule sind SchulsozialarbeiterInnen auf Landesstellen tätig. Die Hauptschule an der Lützwowstr. hat zusätzlich eine halbe kommunal finanzierte Sozialarbeiterstelle. Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes werden an allen vier Schulen zusätzlich Schulsozialarbeiterstellen eingerichtet (Träger).</p>
64	Alle Schulen der Nordstadt bilden ein spezifisches Profil als Angebot für Schüler und Eltern aus.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.6 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 40:</u> Die Schulen im Dortmunder Norden sind bereits seit Jahren sehr eng vernetzt. Die speziellen Angebote für die Schülerinnen und Schüler und deren Eltern werden immer wieder eigenverantwortlich durch die Schulen in Abstimmung mit der staatlichen Schulaufsicht und dem Schulträger aktualisiert und evaluiert.</p>
65	Im Rahmen des Projekts "Lesepatenschaften" verstärkt auch Gelegenheiten anzubieten, bei denen Kinder Kindern	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion,	<p><u>Information durch Fachbereich 40/3 RAA:</u> In dem Projekt "Lesepatenschaften" werden mehrsprachige Mütter/Großmütter mit Zuwanderungsgeschichte ausgebildet in Tageseinrichtungen, Grundschulen oder auch Bibliotheken vorzulesen. Ziele sind die Förderung von Mehrsprachigkeit und die Förderung des kindlichen Leseinteresses. Die Frauen werden</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	vorlesen.	03496-11-E1, Punkt I. 2. a) (s. Fußnote 1)	für das Vorlesen qualifiziert und erhalten ein Zertifikat. Wenn diese Ideen auf die Schüler übertragen werden ist dies sicherlich im Rahmen eines Vorleseprojektes an den GS punktuell auch von Schülern zu leisten.
66	In der Tabelle sind nicht alle laufende Maßnahmen aufgeführt. Bsp.: Fahrradunterricht für die Klassen 1-3 an allen Nordstadt-Grundschulen, „Kiefo“-Projekt (Kinder experimentieren und forschen) an mehreren Grundschulen unter Beteiligung von Kindergärten, der Realschule und des Gymnasiums)	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 7/Dez.:</u> Das Fahrradtraining ist Bestandteil des Regelunterrichts an allen Grundschulen in NRW. Bestandteile des Regelunterrichts sollen nicht in das Konzept mit aufgenommen werden. „Kiefo“-Projekt: Kinder aus der Nordmarkt-Grundschule, der Libellengrundschule, der Diesterwegschule, den Kindergärten und Tagesstätten der Nordstadt und Schülerinnen und Schülern aus den Stufen 11 und 12 des Helmholtz-Gymnasiums führen kleine Experimente durch und beschäftigen sich so mit naturwissenschaftlichen Phänomenen.
67	Die Schulen in der Nordstadt sollen personell und baulich gut ausgestattet werden.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Fraktion Die Linke, 00852-10-E6, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 7/Dez.:</u> Die Schüler/Lehrer-Relation an Schulen in der Nordstadt ist gut. Elterncafes, Schülerclubs und Schulsozialarbeit sind vorhanden. Eine Erweiterung der Angebote wird gewünscht.
68	Die Schulsozialarbeit soll ein Regelangebot sein.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung	<u>Information durch 7/Dez.:</u> Die Schüler/Lehrer-Relation an Schulen in der Nordstadt ist gut. Elterncafes, Schülerclubs und Schulsozialarbeit sind vorhanden. Eine Erweiterung der Angebote wird gewünscht.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

		AUSWI 23.06.10, Antrag Fraktion Die Linke, 00852-10-E6, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	
69	Die Stadt als Schulträgerin hat dafür zu sorgen, dass alle Schulen in der Nordstadt den Standard wie z. B. bei der Grundschule Kleine Kielstraße erreichen können.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, An- trag Fraktion Die Linke, 00852-10-E6, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 7/Dez:</u> Die Schüler/Lehrer-Relation an Schulen in der Nordstadt ist gut. Elterncafes, Schülerclubs und Schulsozialarbeit sind vorhanden. Eine Erweiterung der Angebote wird gewünscht.
	2.3 Suchtkranke	Grundlage	Sachstand
70	Kontrollierte Abgabe von Drogen in Apotheken (unterbricht die Spirale von Konsum, Dealen und Beschaffungskriminalität)	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.4 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez:</u> Mittlerweile sind Drogenkonsumräume, in denen mitgebrachte Drogen injiziert oder geraucht werden können, zugelassen. Heroin wird weiterhin zu hohen Kosten illegal auf dem Markt erworben. Diese Situation ist vollkommen unbefriedigend. Ziel führend wäre es, wenn ausgewiesene Drogenabhängige „saubere“ Opiate käuflich erwerben könnten. Dies ist aber auf Grund der bestehenden gesetzlichen Rechtslage sowohl in Apotheken als auch in Drogenkonsumräumen nicht umsetzbar.
71	Niederschwellige Hilfsangebote für Süchtige wie z. B. „Zuverdienst-Werkstatt“ ausweiten.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.5 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Im Rahmen des Programms Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt im Projekt Problemgruppen im öffentlichen Raum - Teilprojekt "Arbeit mit suchtmittelabhängigen Personen" wird insbesondere in den Abendstunden die Straßensozialarbeit ausgeweitet. Das Projekt wird von der Diakonie unter der Federführung der Werkstatt Passgenau durchgeführt. Ziel ist es die Nutzer des Nordmarktes in die Reinigung und Pflege mit einzubeziehen. Diese sollen durch das Arbeitsmarktinstrument Arbeitsgelegenheiten (AGH) die Sauberkeit, das soziale Miteinander und die Situation auf dem Nordmarkt verbessern.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

72	Ausstiegsangebote mit Vorschlägen zur niederschweligen Reintegration in den Arbeitsmarkt verbinden.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.5 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez:</u> Hilfeangebote für Suchtkranke mit Vorschlägen zur niederschweligen Reintegration in den Arbeitsmarkt erfolgen u.a. über die Zuverdienstwerkstatt des Diakonischen Werkes. Diese Angebote werden über das Programm Soziale Stadt NRW - Dortmunder Nordstadt (Programmteil 'Arbeit mit suchtmittelabhängigen Personen') ausgeweitet.
73	Rat beschließt die Durchführung des Projekts "3.2.1.2 Problemgruppen im öffentlichen Raum - Teilprojekt Arbeit mit suchtabhängigen Personen in der Nordstadt" vorbehaltlich der Zustimmung der BR Arnsberg	Ratsbeschluss 21.07.2011, 03496-11, Punkt 4 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Bezirksregierung hat dem Projektkonzept zugestimmt.
74	Eine Ausweitung der Öffnungszeiten auf das Wochenende und die Abendstunden ist dringend zu prüfen vor dem Hintergrund des öffentlich sichtbaren Konsums der Schwerstabhängigen. Tatsächlich droht wegen der Mittelkürzung eine weitere Reduzierung.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez:</u> Der Drogenkonsumraum ist von einer Mittelkürzung ausgenommen worden. Mittel für eine Ausweitung der Öffnungszeiten stehen zurzeit nicht zur Verfügung. Die Förderbeträge sind mit den Verbänden vertraglich bis 2013 vereinbart.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	2.4 Prostitution	Grundlage	Sachstand
75	Bulgarische Straßenprostituierte und Stricherszene: Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Konzept macht keine Aussage. (Annahme: Projekt 6.1.9 bezieht sich auf den "Arbeiterstrich" und ist finanziell schwach aufgestellt).	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez/Fachbereich 32:</u> Unter Federführung des Rechtsdezernates wurde in einer Arbeitsgruppe hierzu ein Konzept erarbeitet. Es wird auf den Ratsbeschluss vom 31.03.2011 DS Nr.: 0369 – 11 verwiesen.
	2.5 Gesundheit	Grundlage	Sachstand
76	Gesundheitsprävention durch Förderung gesunden Essens und Kochens für Kinder.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD- Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.7 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 7/F:</u> Das Familien-Projekt hat gemeinsam mit Partnern ein Informations- und Bildungsangebot entwickelt, das aus drei Bausteinen besteht. Ziel ist es, Eltern und Kindern einen ersten Zugang zu den Themen Entwicklung, Ernährung und Bewegung zu ermöglichen und darauf aufbauend weitere Bildungsangebote zu vermitteln. Das Angebot ist niederschwellig angelegt und soll vor allem Familien und Kinder in den Aktionsräumen der Sozialen Stadt erreichen. Insoweit wird es auch im Stadtbezirk Innenstadt-Nord implementiert. Der Baustein „Iss was!?!“ wurde in Kooperation mit der Katholischen Bildungsstätte für Erwachsenen- und Familienbildung Dortmund konzipiert. Er befasst sich mit dem Thema „Ernährung“ und beleuchtet zunächst das Ess- und Kaufverhalten von Familien. Dieser Baustein kann nach einer „Schnupperstunde“ – bei entsprechendem Wunsch der teilnehmenden Eltern- auf weitere vier Veranstaltungen, in denen u.a. gemeinsam gekocht wird, ausgeweitet werden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

77	Ausbau der ärztlichen Versorgung, insbesondere der Facharzt-Versorgung	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.1 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch 5/Dez:</u> Für die vertragsärztliche Versorgung ist die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) verantwortlich. Die KVWL schließt mit den Verbänden der Krankenkassen Verträge. Die Verträge müssen die ausreichende, zweckmäßige und wirtschaftliche Versorgung der (Kranken-)Versicherten unter Berücksichtigung des allgemein anerkannten Standes der medizinischen Erkenntnisse gewährleisten. Ein Ärztemangel wird aktuell in der gesamten Bundesrepublik, vor allem in ländlichen Bereichen, befürchtet. Aufgrund dieser Gesamtsituation ist vom Bundesministerium für Gesundheit ein Versorgungsgesetz für die ärztliche Bedarfsplanung geplant. Im Vorfeld dazu werden derzeit auf der Ebene der verschiedenen ärztlichen und politischen Gremien und Arbeitsgruppen Arbeitspapiere, Stellungnahmen und Positionspapiere, die den Gesetzesvorschlag diskutieren. Eine Einigung der verschiedenen Positionen ist bisher nicht erkennbar. In den Eckpunkten des Bundesministeriums zur Bedarfsplanung ist als Vorschlag erstmalig die Einbeziehung der Länder in die Bedarfsplanung erwähnt. Bisher war diese (wie oben ausgeführt) alleinige Sache der Krankenkassen und der Kassenärztlichen Vereinigungen. Außerdem soll der Gemeinsame Bundesausschuss in Zukunft unterschiedliche Planungsbereiche für die hausfachärztliche und spezialisierte Versorgung festlegen können. Die Zulassungsausschüsse könnten danach auch von den bisherigen Regeln abweichen, um dem örtlichen Versorgungsbedarf besser zu entsprechen. Diese Eckpunkte stehen aber bisher in deutlich kontroverser Position zu anderen Stellungnahmen. Von daher gibt es zurzeit aufgrund der gesetzlichen Vorgaben keine Gestaltungsmöglichkeiten für die Stadt Dortmund in Bezug auf die ärztliche und fachärztliche Versorgungssituation. Die Gesamtproblematik der ärztlichen Versorgung, insbesondere in den nördlichen Stadtgebieten, ist der KVWL hinreichend bekannt.</p>
78	Gründung eines „Klinotel“ am Klinikum Nord, gekoppelt mit einem Netz von Reha-Einrichtungen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.1 (s. Fußnote 1)	Der Aufbau einer solchen Einrichtung liegt im Verantwortungsbereich der Klinikum Dortmund gGmbH.
79	Fortführung und Finanzierung des Runden Tisches „Prävention von Kinderunfällen und Schulwegsicherung“	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 5.2 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 61/Fachbereich 51:</u> Der beim Kinderschutzbund angesiedelte „Runde Tisch zur Prävention von Kinderunfällen“ wird seit dem Jahr 2010 aus dem Budget des Jugendamtes gefördert.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	2.6 Sonstiges Soziales	Grundlage	Sachstand
80	Die Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit sämtlichen Nordstadt Akteuren eine Sozialkonferenz, die dem gegenseitigen Austausch dient, einzurichten. Regelmäßige Nordstadt-Konferenz zum gegenseitigen Austausch und Dialog.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 8. c) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 1/Dez:</u> Für die Nordstadt existierte bisher das Austauschgremium des Konsultationskreises Nordstadt. An diesem Gremium nahmen Akteure, Politik und Verwaltung teil. Das Gremium tagte 2-3 Mal im Jahr. Neue zivilgesellschaftliche Strukturen werden eingerichtet, in welche die Arbeit des Konsultationskreises einfließt. Zwischenzeitlich wurde eine verwaltungsinterne Abstimmungsrunde eingerichtet, um bereits laufende Aktivitäten aufeinander abzustimmen und ein gemeinsames Vorgehen sowie Perspektiven zu erarbeiten. Diese Akteure bilden zugleich die vom Rat der Stadt beschlossene Projektgruppe "Lebenswerte Nordstadt".
	2.7 Migration/Integration	Grundlage	Sachstand
81	Deutschsprachiger Islam-Unterricht an Schulen mit staatlich ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 1.3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 40:</u> In der Nordstadt erhalten die Kinder in der Albrecht-Brinkmann- und der Graf-Konrad-Grundschule Islamkunde im Rahmen des herkunftssprachigen Unterrichts. Das eigenständige Unterrichtsfach "Islamkunde" erhalten die Schülerinnen und Schüler der Kielhornschule. Dieser Unterricht wird nach Mitteilung des zuständigen Schulaufsichtsbeamten, Herrn Ihmann, in türkischer Sprache erteilt.
82	Initiativen sollen ergriffen werden, um die Lebensbedingungen in den Abwanderungsländern zu verbessern.	Ratsbeschluss 31.03.2011, 03691-11, Punkt 9 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez:</u> Die Städtekooperation zielt in der ab 2012 geplanten Förderphase auf ein integriertes, strategisches Gesamtkonzept für den Umgang mit den Folgen der europaweiten Armut-Wanderungsbewegungen ab, das vor allem auch die Bedingungen in den Herkunftsländern im Blick hat. Ein praktischer Handlungsansatz in diesem Zusammenhang könnte darauf zielen, die vorhandenen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Kooperationsstädten und den Herkunftsländern für die Verbesserung des Zugangs der Roma zum Arbeitsmarkt in Bulgarien und Rumänien zu nutzen.
83	Rat beschließt die Durchführung des Projekts "3.2.1.1 Problemgruppen im öffentlichen Raum - Teilprojekt "Integration von rumänischen und bulgarischen Kindern" vorbehaltlich der Zustimmung der BR Arnsberg	Ratsbeschluss 21.07.2011, 03496-11, Punkt 3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Bezirksregierung hat dem Projektkonzept zugestimmt.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

84	Es fehlen Ideen zur besseren Einbindung von Moscheevereinen	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich1/III- MIA DO:</u> Integration/Interkultur in der Nordstadt: Migrantenorganisationen und Moscheevereine sind wichtige Kooperationspartner in der Integrationsarbeit, so beispielsweise im Rahmen der Masterplan-Handlungsfelder Bildung, Arbeit und Unternehmen, Soziale Balance in den Stadtbezirken und Weltoffene/Internationale Stadt. Gerade im Handlungsfeld Soziale Balance in den Stadtbezirken sowie Weltoffene/Internationale Stadt wird es in Zukunft darum gehen, mit spezifischen Maßnahmen und Projekten das interkulturelle/ internationale und soziale Zusammenleben in den Stadtbezirken - so insbesondere auch in der Nordstadt - zu verbessern. Dazu gehört auch die stärkere Einbindung von Migrantenorganisationen und Moscheevereinen. Über die Ergebnisse und Maßnahmen der vier Handlungsfelder werden die Gremien informiert.
----	---	--	--

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

3. Stadterneuerung, Wohnen, Lokale Ökonomie, Arbeit u. Beschäftigung, Kultur			
	3.1 Stadterneuerung	Grundlage	Sachstand
85	Sicherung von attraktivem Baubestand durch Gestaltungssatzungen und/oder Milieusatzungen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Aus städtebaulicher Sicht erfolgt ein zweistufiges Verfahren. In der ersten Stufe werden mit dem Projekt „Aktivierung von Immobilieneigentümern“ Drucksache Nr.: 03496-11 zunächst alle Möglichkeiten der Aktivierung von Eigentümern ausgeschöpft. In einem zweiten Schritt kann im Anschluss der Einsatz von notwendigen und erfolgversprechenden städtebaulichen Instrumenten und Geboten konkretisiert werden.
86	Neue Nutzungsmöglichkeiten für leerstehende Großimmobilien im Wohnbereich suchen (z. B. Leo-Haus, Albertus-Magnus-Kirche, Neuapostolische Kirche Braunschweiger Straße, Kielstraße 26	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.8 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Ein Konzept, wie leerstehende Großimmobilien zukünftig genutzt werden können, muss im Rahmen des Projektauftrages von der Stadterneuerung bestimmt werden. Soweit eine Wohnraumnutzung angedacht wird, steht das Amt für Wohnungswesen selbstverständlich beratend zur Verfügung und wird ggf. auch Fördermittel des Landes NRW akquirieren. <u>Fachbereich 23:</u> Aktuell sind keine leer stehenden städtischen Gebäude in der Nordstadt vorhanden. Bzgl. leer stehender privater Gebäude liegen dem Fachbereich 23 keine Informationen vor, ggf. könnte evtl. der Fachbereich 61/7-4 - Quartiersmanagement Nordstadt - Auskunft geben.
87	Bau der kompletten Nordspange	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.5 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/3:</u> Für das Teilstück von Brackeler Straße bis Bornstraße ist das Bebauungsplanverfahren eingeleitet. Eine Realisierung dieser u.a. für die Entlastung des Borsigplatzes wichtigen Maßnahme wird bis Ende 2015 angestrebt.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

88	Ausbau der Stadtbahn U44 bis DO-Kirchderne (auf dem Thyssen-Krupp Gelände)	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.7 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/3:</u> Der Projektvorschlag weist derzeit einen negativen Nutzen-Kosten-Quotienten auf. Die grob abgeschätzten jährlichen Mehrkosten für den Betreiber würden sich auf ca. 3,2 Mio. €/Jahr belaufen – Stand 2009: Wegen der strategischen Bedeutung der Entwicklungsfläche Westfalenhütte stellt ein alter-nativer Projektvorschlag mit verkürzter Strecke bis Kirchderne Bf. eine Option dar. Zusätzlich stellt eine Endstelle als Verknüpfung mit der Buslinie 427 an der Springorumstraße eine mögliche Zukunftsoption dar. Eine Trassensicherung im Flächennutzungsplan bleibt weiterhin erhalten. Das Projekt wird mit dem Titel „Erschließung der Westfalenhütte“ im Stadtbahnentwicklungskonzept Dortmund (Drucksache Nr.: 09233-07, Ratsbeschluss vom 14.02.2008) im Korb 3: „Trassensicherungen (Strategische Maßnahmen)“ geführt.
89	Schnellbuslinie durch die Nordstadt zur Universität	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.8 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/3:</u> Die Nordstadt wird bereits mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedient, die eine gute Anbindung der Universität gewährleisten. Gleichwohl wurde DSW21 angeschrieben, mit der Bitte, das Thema einer neuen Schnellbusverbindung dort konzernintern zu behandeln und für eine gemeinsame Besprechung mit der Planungsverwaltung vorzubereiten. Eine schriftliche Stellungnahme DSW21 liegt vor: „Eine neue Schnellbuslinie würde in direkte Konkurrenz zu den Schnellbahnangeboten treten, hätte aber keine Chance auch nur ansatzweise deren Pünktlichkeit und Verlässlichkeit zu erreichen. Es wird deshalb kein tatsächlicher Bedarf für ein solches Zusatzangebot gesehen.“ - Siehe auch Antwort zu Pos. 97.
90	Fahrradkonzept für die Nordstadt mit durchgehender Verbindung vom Borsigplatz bis zum Hafen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.9 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/3:</u> Die benannte Route wurde von Vertretern der StA 61 und 66 und einem Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt-Nord komplett abgefahren. Sie ist schnell und problemlos zu befahren. Größere Radfahrerströme sind aber in der nördlichen Innenstadt an keiner Stelle zu beobachten, sodass hier Maßnahmen wie z.B. die Einrichtung einer Fahrrad Str. o.ä. nicht zum Einsatz kommen können.
91	Einführung metroradruhr im Bereich Bornstraße und des Nordmarkts	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.9 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/3:</u> Es ist vorgesehen, an der Bornstraße in Fahrtrichtung City, in Höhe der Stadtbahnhaltestelle Brunnenstraße eine Metropolradruhr-Station auf einer Grünfläche zu errichten. Im Bereich des Nordmarkts ist zunächst noch keine Station vorgesehen. Bei möglichen weiteren Ausbaustufen (2012 ff) wird der Standort geprüft.
92	Hafen muss für die Menschen erschlossen und nutzbar gemacht werden	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion,	<u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Der Hafen ist mit seinen 160 meist mittelständischen Betrieben und 5000 Beschäftigten in Produktion und Logistik ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Dortmund und insbesondere für die benachbarte Dortmunder Nordstadt. Die Ereignisse rund um das Thema Envio wurden von der Dortmunder Hafen AG,

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

		03691-11-E6, Punkt 4 (s. Fußnote 1)	<p>dem Verein Dortmunder Hafenanlieger e.V. und der Wirtschaftsförderung Dortmund zum Anlass genommen, im Januar und Juli 2011 zu zwei Hafenkonzerten einzuladen, um mit den Unternehmen über die Zukunft des Industriestandortes Hafens zu diskutieren. Beteiligt waren auch der DGB Dortmund-Hellweg, die Handwerkskammer Dortmund sowie die Industrie- und Handelskammer zu Dortmund. Im Rahmen der ersten Hafenkonzert wurden mit den Unternehmen fünf Themenfelder erarbeitet: Schule, Kommunikation, Umwelt, Unternehmens-/Standortentwicklung und Nachbarschaft. Zu den einzelnen Themenfeldern wurden Projekte identifiziert, die bereits begonnen haben oder die neu aufgesetzt werden sollen. In der zweiten Hafenkonzert wurden die Projekte und Maßnahmen vorgestellt. Sie sollen nun mit den Unternehmen umgesetzt werden. Zu den Projekten gehören beispielsweise „jobtec – ein Matching zwischen Unternehmen und Auszubildenden“, „Hafen macht Schule“ oder ein „Tag der offenen Tür“ am 24.09.2011. Viele Betriebe finden sich auf der homepage www.hafenunternehmen-dortmund.de, die weiter ausgebaut werden soll. Im Rahmen der zweiten Hafenkonzert wurde zudem ein gemeinsames Positionspapier veröffentlicht, das unter der Überschrift „Der Hafen ist keine Insel“ folgenden Absatz enthält: „In Zukunft soll mit der nördlichen Innenstadt in guter Nachbarschaft enger zusammengearbeitet werden. Die Aktivierung der Speicherstraße als Übergang zwischen Hafen und Nordstadt ist ein spannender Ansatz. Mit den Nachbarn soll im Zuge gegenseitiger Rücksichtnahme vertrauensvoll zusammengearbeitet werden.“ Die Projektleitung für die Entwicklung der Speicherstraße ist im April 2011 auf die Wirtschaftsförderung Dortmund übergegangen. Es ist geplant, das Gebiet für urbane Nutzungen, d.h. ein Mix aus Büro-, Kreativ- und Freizeitwirtschaft sowie Gastronomie zu entwickeln. Ein stufenweises, behutsames Vorgehen, welches nicht die vorhandenen Nutzungen beeinträchtigt, sondern vorhandene Möglichkeiten nutzt, wird angestrebt. Derzeit werden in einer Bestandsaufnahme Bausubstanz der Gebäude, Ver- und Entsorgung, Vermietungssituation, tangierende Entwicklungsinteressen und äußere Rahmenbedingungen geprüft. Auf dieser Basis soll bis zum Ende des Jahres ein Handlungsprogramm entstehen.</p>
93	Weiterentwicklung Fredenbaumpark einschließlich einer Fußgängerbrücke über den Dortmund-Ems-Kanal zur Verbindung mit den dortigen Grünbereichen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.1 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Eigenbetrieb 52/5-Stadtgrün:</u></p> <p>Im Rahmen des URBAN-II-Programmes wurde der Fredenbaumpark in Teilbereichen umgestaltet und um zusätzliche Freizeit- und Spielangebote ergänzt. Damit besteht derzeit – neben den bereits zuvor bestehenden Einrichtungen – ein vielfältiges Angebot für alle Altersgruppen, das durch verschiedene Veranstaltungen in der Zeit von April bis Oktober ergänzt wird. Darüber hinaus sind – vorbehaltlich der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel – folgende Maßnahmen sinnvoll:</p> <ul style="list-style-type: none"> - die Sanierung der Asphaltwege - der Einbau von einzelnen Sport- und Bewegungsgeräten - eine zusätzliche Toilettenanlage im hinteren Freizeitbereich (Modellbootteich)

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<p>Aufgrund der intensiven Nutzung, insbesondere in den Sommermonaten und an Wochenenden, wie auch der unterschiedlichen, teilweise konkurrierenden Bedürfnisse nach aktiver Freizeitgestaltung einerseits und ruhiger Erholung im Freien andererseits wäre eine ständige Parkaufsicht, wie sie zeitweise mit den Park Rangern bestand, wünschenswert.</p> <p>Mit der Straßenbrücke ‚Weidenstraße‘ besteht bereits eine Überquerungsmöglichkeit im unmittelbaren Anschluss des Fredenbaumparks und dient zurzeit als Verbindung zu den Grünbereichen in Deusen.</p>
94	Qualifizierung und Ausweitung der bestehenden gastronomischen Angebote im Fredenbaumpark	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.1 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Eigenbetrieb 52/5-Stadtgrün:</u> Aufgrund des bestehenden Erbbaurechts für den Betrieb ‚Schmiedingslust‘ ist eine Qualifizierung und Ausweitung des gastronomischen Angebotes nur mit dessen Zustimmung oder in dessen Eigenregie möglich (vgl. dazu die Ausführungen des Rechtsamtes).</p> <p>61/7 keine Zuständigkeit, da die Maßnahmen der Stadterneuerung abgeschlossen sind. Fördermittel stehen hierfür nicht zur Verfügung. Bei Veränderungen ist der Fachbereich 61 auf Grund der Zweckbindungsfrist der Fördermittel zu beteiligen.</p>
95	Bau eines nördlichen Zugangs zum Hoeschpark an der künftigen Nordspange zur besseren Zugänglichkeit und Nutzung	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.2 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Eigenbetrieb 52/5-Stadtgrün:</u> Der Hoeschpark wird von der Sportwelt Dortmund gGmbH in Zusammenarbeit mit dem EB 52/1 – Sport betrieben. Eine Erschließung des Hoeschparks von Norden ist im Rahmen der weiteren Entwicklung des Geländes der ehem. Westfalenhütte (Nordspange) vorgesehen.</p>
96	Übergangsweise kulturelle Nutzung leerstehender Immobilien	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.5 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 23:</u> Aktuell sind keine leer stehenden städtischen Gebäude in der Nordstadt vorhanden. Bzgl. leer stehender privater Gebäude liegen dem Fachbereich 23 keine Informationen vor, ggf. könnte evtl. 61/7-4 - Quartiersmanagement Nordstadt - Auskunft geben.</p> <p><u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Fachhochschule Dortmund führt derzeit ein Projekt durch, welches Designstudenten aus höheren Semestern die Möglichkeit bietet, Ladenlokale anzumieten. Hier ist vorgesehen Leerstände mit einzubeziehen. Die Studenten sollen somit längerfristig an die Nordstadt gebunden werden und auf eine gewerbliche Selbstständigkeit vorbereitet werden</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

97	Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit DSW21 mit einer Schnellbuslinie eine direkte ÖPNV-Anbindung der Dortmunder Nordstadt - dort mit mehreren Haltestellen - an die Uni Dortmund einzurichten.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 5. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/3:</u> Die Nordstadt wird bereits mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedient, die eine gute Anbindung der Universität gewährleisten. Gleichwohl wurde DSW21 angeschrieben, mit der Bitte, das Thema einer neuen Schnellbusverbindung dort konzernintern zu behandeln und für eine gemeinsame Besprechung mit der Planungsverwaltung vorzubereiten. Eine schriftliche Stellungnahme DSW21 liegt vor: „Eine neue Schnellbuslinie würde in direkte Konkurrenz zu den Schnellbahnangeboten treten, hätte aber keine Chance auch nur ansatzweise deren Pünktlichkeit und Verlässlichkeit zu erreichen. Es wird deshalb kein tatsächlicher Bedarf für ein solches Zusatzangebot gesehen.“ Siehe auch Antwort zu Pos. 89.
98	Hausbootanleger am Hafen. Verwaltung wird aufgefordert, die tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Nutzung von Teilbereichen des Dortmunder Hafens für Hausboote sicherzustellen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 1. (s. Fußnote 1)	Siehe Antwort zu Pos. 92.
99	Verwaltung wird aufgefordert, die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung eines Sandstrandes am Kanal in Höhe des Fredenbaumplatzes zu schaffen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 2 (s. Fußnote 1)	Siehe Antwort zu Pos. 92.
100	Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Konzept mit dem Ziel zu errichten, vermehrt die in der Nordstadt vorhandenen Parkzonen auszubauen. Ziel: Anwohnerfreundliches Parkraumbewirtschaftungssystem (vergleichbar Klinik- und Kreuzviertel).	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 3. b) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Diese Aufgabe ist nicht im Auftragsvolumen des Quartiersmanagements enthalten.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

101	Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Modell mit dem Ziel zu erarbeiten, leer stehende Immobilien einer Umnutzung zugänglich zu machen und die für die Umnutzung erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 4. c) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 23:</u> Aktuell sind keine leer stehenden städtischen Gebäude in der Nordstadt vorhanden. Bzgl. leer stehender privater Gebäude liegen StA 23 keine Informationen vor, ggf. könnte evtl. 61/7-4 - Quartiersmanagement Nordstadt - Auskunft geben. Das Portfoliomanagement des StA 23 bezieht sich nur auf städt. Immobilien. StA 23 betreibt kein Quartiersmanagement und begleitet auch nicht die Gründung von Genossenschaften. <u>Information durch Fachbereich StA 61:</u> Diese Aufgaben sind nicht im Auftrag des QM enthalten. Hierzu müsste ein gesondertes Budget und ein gesonderter Auftrag ausgeschrieben werden.
102	Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Konzept mit dem Ziel zu errichten, vermehrt die Fassadengestaltung in der Nordstadt zu verbessern.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 6. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Im Rahmen des Programms Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt wurde das Projekt Hof-Fassaden-Lichtgestaltung mit beantragt. Für die Durchführung werden stehen über einen Zeitraum von 2011 bis 2014 390.000 € zur Verfügung. Mit diesen Mitteln können Immobilieneigentümer bei der energetischen Sanierung, Fassaden-, Hof- und Lichtgestaltung gefördert werden. Ergänzend gibt es eine Fortsetzung des Projekts Bilderflut, bei dem auch städtische Fassaden in geringem Umfang mit einbezogen werden können.
103	Verwaltung wird beauftragt, die effektive Verwendung von Fördermitteln aus dem Ziel II Programm an Hand von vorher klar definierten Vorgaben von Zielkennzahlen zu vergeben und so besser überprüfbar zu gestalten.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 7. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Das Programm Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt fordert mit Antragstellung einen Monitoringbogen, der Zielkennzahlen ausweist. Dieser wurde im Jahr 2008 dem Ministerium erstmalig vorgelegt. Nach Programmanpassung in 2010 und Reduzierung des Programmvolumens, mussten diese Zahlen nochmals angepasst werden. Die Aktualisierung wurde der Bezirksregierung Arnsberg im 2. Quartal vorgelegt, nachdem das endgültige Programmvolumen festgeschrieben war. Das Ministerium fordert nur einen sehr groben Zielzahlenkatalog. Eine tiefer gehende Festlegung, die projektspezifisch vorgenommen wird, erfolgt im Rahmen der Evaluierung. Mit Projektstart wird in Zusammenarbeit mit den Projektbeteiligten ein Indikatorenset erarbeitet, welches im Rahmen der Projektlaufzeit regelmäßig evaluiert wird. Anhand der Projektziele werden die Indikatoren ausgewählt.
104	Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein niederschwelliges Konzept zu entwickeln, dass die Einrichtung von Standortmanagements (z. B.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 8.	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Bei der Einrichtung von Standortmanagements in Wohnanlagen wären die Wohnungsunternehmen zuständig, da sich diese in deren Eigentum befinden. In den Wohnanlagen der Wohnungsunternehmen sind bereits Hausmeister eingesetzt, die diese Aufgabe übernehmen. Auch werden z.B. vom Spar- und Bauverein Sozialarbeiter für die Betreuer der Mieter eingesetzt. Im Rahmen des Projekts Immobilienstandortgemeinschaften für das Brunnenstraßen- und Hoeschpark Viertel sind mit den

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	für einzelne Wohnanlagen) unterhalb des Quartiersmanagements zum Ziel hat.	b) (s. Fußnote 1)	Bewohnern dieser Viertel die Bedarfe zu ermitteln und evtl. umzusetzen.
105	Rat beschließt die gutachterliche Prüfung der Bausubstanz und Umnutzung der "1.2.1 Albertus-Magnus-Kirche" vorbehaltlich der Zustimmung der BR Arnsberg	Ratsbeschluss 21.07.2011, 03496-11, Punkt 1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Bezirksregierung ist eingebunden. Der Zuwendungsbescheid der BR steht noch aus.
106	Stadtplanung: Dieses Thema fehlt völlig. Es gibt keine Aussagen zu den Themen: <ul style="list-style-type: none"> • Abriss Hochhaus Kielstraße und Neugestaltung • Gestaltung Priorstraße als Eingangportal zur Münsterstraße • Fußgängerfreundliche Münsterstraße mit besserer Aufenthaltsqualität • Umwandlung der Albertus-Magnus-Kirche 	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Der Hinweis wird aufgegriffen und das Konzept im weiteren Verfahren entsprechend ergänzt.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	3.2 Wohnen	Grundlage	Sachstand
107	Steigerung der Eigentumsquote, junge Familien fördern, sozialverträgliche Privatisierung von Mietwohnungen	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 23:</u> Der Fachbereich 23 ist mit dem Einfamilienhausprogramm beteiligt. Der Fachbereich 61 mit den Themen Wohnflächenentwicklung und Bauberatung auch? Der Fachbereich 64 mit der Wohnungsbauförderung. <u>Information durch Fachbereich 64:</u> Die Erhöhung der Eigentumsquote in der Nordstadt erhöht gleichermaßen die Eigenverantwortlichkeit ihrer Bewohner. Die daraus resultierenden Effekte werden durch die Verwaltung ausdrücklich begrüßt. Insbesondere für junge Familien stehen Fördermittel des Landes NRW zur Verfügung. Auf die sozialverträgliche Privatisierung bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen hat die Verwaltung keinen Einfluss.
108	Mit den Banken vor Ort Instrumente verabreden, die Modernisierung und Sanierung finanziell möglich machen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Die Entscheidungsgrundlage der Banken über die Finanzierung von Immobiliengeschäften liegt ausschließlich in der Bonität des Eigentümers und der Wirtschaftlichkeit der Investition. Wir sind gern bereit, mit den örtlich ansässigen Banken Gespräche zu führen, um zu erreichen, dass bei der Prüfung von Finanzierungsanfragen die besonderen Gegebenheiten der Nordstadt und der Investoren berücksichtigt werden.
109	In ausgewählten Quartieren über Sanierungssatzungen besondere, für Investoren günstige Abschreibungsmöglichkeiten schaffen, um hochwertige Modernisierungen attraktiv zu machen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.3 (s. Fußnote 1)	Siehe Antwort zu Pos. 108, 114, 120.
110	Unterstützung von Wohneigentümern. Prüfung Hypothekensicherungsfond zur Sicherstellung von Finanzierungen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.4 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Soweit Eigentümer beabsichtigen, ihre Wohnung zu modernisieren bzw. Wohnungen neu zu bauen, könnten sie im Rahmen der geltenden Förderbestimmungen des Landes NRW entsprechende Fördermittel beantragen. Im Rahmen der der Stadt zugeteilten Budgets würden wir Maßnahmen in der nördlichen Innenstadt vorrangig fördern. Damit Finanzierungen aus einem Hypothekensicherungsfonds erfolgen können, muss vorab geklärt werden, wer entsprechende Mittel in den Hypothekensicherungsfonds einzahlte. Finanzierungsmittel des Landes NRW bzw. der Stadt Dortmund stehen zurzeit nicht zur Verfügung.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

111	Förderung von Projekten des Mehrgenerationenwohnens und des barrierefreien Wohnens in der Nordstadt in besonderer Form, auch durch Umstrukturierung im Bestand.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.5 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Bereits heute steht das Serviceteam "...anders wohnen - anders leben..." des Amtes für Wohnungswesen in engem Kontakt zu Wohngruppen und Investoren. Dabei wird ständig im Hinblick auf die besondere Situation der Nordstadt auch ein Augenmerk auf Möglichkeiten der Wohngruppenbildung in der Nordstadt gerichtet. Sofern sich die Möglichkeit bietet, wird ein solcher Prozess begleitet und ggf. auch im Rahmen aktueller Förderprogramme des Landes NRW finanziell gefördert.
112	Concierge-Konzepte in größeren Wohneinheiten probeweise einführen.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.6 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Concierge-Konzepte können nur von den Eigentümern/Wohnungsgesellschaften umgesetzt werden. 61/7-Stadterneuerung hat hier keinen Einfluss.
113	Maßnahmen der Energie-Einsparverordnung 2009 in der Nordstadt vorrangig fördern.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 2.7 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Neubau- und genehmigungspflichtige Umbaumaßnahmen müssen die Vorgaben der EnEV2009 einhalten. Sofern die Maßnahmen die Fördervoraussetzungen der Wohnraumförderungsbestimmungen NRW erfüllen und das Land Fördermittel bereitgestellt hat, kann auf Antrag eine entsprechende Förderung erfolgen. Über weitere Förderungsmöglichkeiten berät das Umweltamt der Stadt Dortmund.
114	Der Rat der Stadt bittet die Verwaltung zu prüfen, ob ein Hilfsfond mit Anreizen für seriöse Investoren zur Sanierung und zum Betrieb von Immobilien in der Dortmunder Nordstadt geschaffen werden kann.	Ratsbeschluss 31.03.2011, Mündlicher Ergänzungsantrag Rm Krause (s. Fußnote 2)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Soweit Eigentümer beabsichtigen, ihre Wohnung zu modernisieren bzw. Wohnungen neu zu bauen, können sie im Rahmen der geltenden Förderbestimmungen des Landes NRW entsprechende Fördermittel beantragen. Im Rahmen der der Stadt Dortmund zugeteilten Budgets würden wir Maßnahmen in der nördlichen Innenstadt vorrangig fördern. Damit Finanzierungssicherungen aus einem Hilfsfonds möglich sind, muss vorab geklärt werden, wer entsprechende Mittel in diesen Hilfsfonds einzahlt. Finanzierungsmittel des Landes NRW bzw. der Stadt Dortmund stehen zurzeit nicht zur Verfügung.
115	Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten der Marktintervention über den Einsatz städtebaulicher Instrumente und den Ankauf von Immobilien zu prüfen und Vorschläge zur Umsetzung zu erarbeiten.	Ratsbeschluss 31.03.2011, 03691-11, Punkt 4 (s. Fußnote 2)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Die Möglichkeit der Marktintervention durch den Einsatz von städtebaulichen Instrumenten erfolgt durch StA 61. Darüber hinaus ist die Verwaltung im ständigen Dialog mit der Geschäftsführung der Dortmunder Stadtentwicklungsgesellschaft und der DOGEWO21, um den Ankauf von Immobilien in der Nordstadt zu prüfen.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

116	Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit der TU / FH, dem Studentenwerk, DOGEWO und dem Land NRW Möglichkeiten zur Errichtung von Studentenwohnraum in der Nordstadt zu eruieren (Vorschläge: Baulücken schließen, leerstehende Immobilien umnutzen, städtische Immobilien wirtschaftlich nutzen).	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt I. 4. (s. Fußnote 2)	<u>Information durch Fachbereich 23:</u> Aktuell sind keine leer stehenden städtischen Gebäude in der Nordstadt vorhanden. Bzgl. leer stehender privater Gebäude liegen dem Fachbereich 23 keine Informationen vor, ggf. könnte evtl. 61/7-4 - Quartiersmanagement Nordstadt - Auskunft geben. <u>Information durch Fachbereich 1/III:</u> Der Fachbereich 64 wird im Rahmen der jährlichen Wissenschaftsgespräche zu dem Thema studentisches Wohnen mit der Wohnungswirtschaft und dem Studentenwerk in einen Dialog eintreten. <u>Information durch Fachbereich 64:</u> Der Fachbereich 64 wird den Dialog mit dem Studentenwerk Dortmund aufnehmen.
117	Rat spricht sich für einen Ausbau der energetischen Aufwertung der Nordstadt sowie einer verstärkten Umsetzung der Energieeinsparverordnung aus.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt II. 4. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Neubau und genehmigungspflichtige Umbaumaßnahmen müssen die Vorgaben der NF 2009 einhalten. Sofern die Maßnahmen die Fördervoraussetzungen der Wohnraumförderungsbestimmungen NRW erfüllen und das Land Fördermittel bereitgestellt hat, kann auf Antrag eine entsprechende Förderung erfolgen. Über weitere Förderungsmöglichkeiten berät das Umweltamt der Stadt Dortmund.
118	Verwaltung wird aufgefordert, die rechtlichen und tatsächlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung einer Förderung des Mehrgenerationenwohnens in der Dortmunder Nordstadt zu schaffen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 3. a) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Bereits heute steht das Service-Team "... anders wohnen - anders leben ..." des Amtes für Wohnungswesen in engem Kontakt zu Wohngruppeninvestoren. Dabei wird ständig im Hinblick auf die besondere Situation der Nordstadt auch ein Augenmerk auf die Möglichkeiten des Mehrgenerationenwohnens in der Nordstadt gerichtet. Sofern sich die Möglichkeit bietet, wird ein solcher Prozess begleitet und ggf. auch im Rahmen aktueller Förderprogramme des Landes NRW finanziell unterstützt.
119	Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Modell mit dem Ziel zu erarbeiten, die Eigentumsquote in der Nordstadt zu steigern.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 4. a) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 23:</u> Mit Maßnahmen im Rahmen des Einfamilienhausprogramms könnte die Liegenschaftsverwaltung zur Steigerung der Eigentumsquote beitragen. In der Nordstadt stehen aktuell allerdings keine geeigneten Flächen zur Verfügung. <u>Information durch Fachbereich 64:</u> Soweit Eigentümer beabsichtigen, ihre Wohnung zu modernisieren bzw. Wohnungen neu zu bauen, können sie im Rahmen der geltenden Förderbestimmungen des Landes NRW entsprechende Fördermittel beantragen. Im Rahmen der der Stadt Dortmund zugeteilten Budgets würde der Fachbereich 64 Maßnahmen in der nördlichen Innenstadt vorrangig fördern.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

120	Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Modell mit dem Ziel zu erarbeiten, die erforderlichen Sanierungsansätze im Bereich Wohnen in der Nordstadt umzusetzen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 4. b) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Diese Aufgaben sind nicht im Auftrag des QM enthalten. Hierzu müsste ein gesondertes Budget und ein gesonderter Auftrag ausgeschrieben werden.
121	Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Modell mit dem Ziel zu erarbeiten, Eigentums-Wohn-Genossenschaften zu begründen. Verwaltung soll prüfen, ob der Ankauf von Wohnungsbausiedlungen in der Nordstadt durch eine Genossenschaft erfolgen könnte, ggf. auch über die Gründung einer Genossenschaft, die anschließend - mit gebührendem Zeitraum und Konditionen - nach und nach auf die Mieter zu übertragen ist.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 5. (s. Fußnote 2)	<u>Information durch Fachbereich 23:</u> Aktuell sind keine leer stehenden städtischen Gebäude in der Nordstadt vorhanden. Bzgl. leer stehender privater Gebäude liegen dem Fachbereich 23 keine Informationen vor, ggf. könnte evtl. 61/7-4 - Quartiersmanagement Nordstadt - Auskunft geben. Das Portfoliomanagement des Fachbereichs 23 bezieht sich nur auf städt. Immobilien. Fachbereich 23 betreibt kein Quartiersmanagement und begleitet auch nicht die Gründung von Genossenschaften. <u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Diese Aufgaben sind nicht im Auftrag des QM enthalten. Hierzu müsste ein gesondertes Budget und ein gesonderter Auftrag ausgeschrieben werden. <u>Information durch Fachbereich 64:</u> Soweit interessierte Bürgerinnen und Bürger beabsichtigen, eine Bewohnergenossenschaft zu gründen, kann der Fachbereich 64 entsprechende Beratungsleistungen erbringen und Informationen über Fördermöglichkeiten des Landes NRW erteilen.
122	Die Arbeit des Quartiersmanagement ist verstärkt auf eine Nachhaltigkeit und Aktivierung von Eigenleistungen der einbezogenen Einwohner auszurichten.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 8. a) (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 64:</u> Der Fachbereich 64 ist in der Lage, ein mögliches Konzept durch eine kleinräumige Quartiersanalyse zu unterstützen. <u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Arbeit des Quartiersmanagements in der Nordstadt wurde mit Beginn des neuen Auftrags im April 2011 auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dies bedeutet, dass das Quartiersmanagement vielfach ausschließlich eine temporäre Unterstützung liefert, z.B. bei Straßenfesten, Aktivitäten etc. Es wird eine Unterstützung dort präferiert, wo eine Nachhaltigkeit schon vorab erkennbar wird.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

123	Rat beschließt die Durchführung des Projekts "1.3.2 Aktivierung von Immobilieneigentümern" vorbehaltlich der Zustimmung der BR Arnberg	Ratsbeschluss 21.07.2011, 03496-11, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Bezirksregierung hat dem Projektconcept zugestimmt.
124	Verwahrloste Häuser: ... Um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, wird eine klare Zuständigkeit innerhalb der Verwaltung bestimmt, ..., um gemeinsam mit den Fachverwaltungen alle nutzbaren Instrumente einzusetzen..." Eine regelmäßige Berichterstattung der Tätigkeiten der AG Problemhäuser ("Task Force") ist wünschenswert. Welche Maßnahmen sind zur Steigerung der Effektivität der AG erforderlich?	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 32:</u> Wohnen in der Nordstadt: Über die Arbeit der AG der Problemimmobilien und des im Oktober 2010 installierten Fallmanagements Problemhäuser im Nordstadtbüro des Ordnungsamtes wird bspw. im Rahmen des Konsultationskreises Nordstadt oder des Sicherheitsforum Nord regelmäßig Bericht erstattet. Die Effektivität des Vorgehens gegen verwahrloste Häuser wird hauptsächlich durch die geltenden (bundes- und landes-) rechtlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Im Rahmen dieser rechtlichen Möglichkeiten gehen die an der AG Problemhäuser beteiligten Fachbereiche gegen vorgefundene Missstände vor.
125	Entwicklung alternativer Nordstadtkonzepte zur Förderung von kultureller, kreativwirtschaftlicher und sozialer Zwischennutzung leerstehender Häuser.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen,0085 2-10-E3, Pkt 6, Empfehl- ung GRÜNEN Fraktion	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Der Vorschlag wird im Rahmen des Prozesses der Weiterentwicklung des integrierten Stufenkonzeptes geprüft und bearbeitet.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

		BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	
	3.3 Arbeit, Beschäftigung, Lokale Ökonomie	Grundlage	Sachstand
126	Weitere Durchführung von Maßnahmen der Lokalen Ökonomie und ihre Verstetigung durch die Wirtschaftsförderung	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Die Wirtschaftsförderung Dortmund unterhält derzeit in der Holsteiner Straße 16, 44145 Dortmund das NORDSTADT-BÜRO als ständige Anlaufstelle für die kleinen und mittleren Unternehmen im Stadtbezirk. Dieses Angebot besteht an diesem Standort seit 2005. Das NORDSTADT-BÜRO ist das kreative Zentrum, aus dem heraus neue Instrumente der lokalen Ökonomie konzipiert und in die Projektarbeit eingeführt werden. Als Ausgründung befindet sich seit 2010 in der Bornstraße 83, 44145 Dortmund (Terrassenhochhaus "Hannibal"), das "Gründerinnen Zentrum Nordstadt". Frauen, die in der Dortmunder Nordstadt wohnen oder hier ihre wirtschaftliche Existenz gründen wollen, werden beraten, gecoacht und sie können erste gewerbliche Räume im Gründerinnen Zentrum erhalten. Nachdem die vollständige Nutzung der Angebotskapazitäten sichtbar wird (10 der 12 Gewerberäume sind belegt) ist eine Erweiterung in der Nachbarschaft ins Auge gefasst. Die Mikrofinanzgenossenschaft "NordHand eG", Mallinckrodtstraße 2, 44145 Dortmund, ist 2008 von der Wirtschaftsförderung Dortmund initiiert worden. Sie empfiehlt Kleinkredite an Unternehmen, die über keinen Zugang zu Kapitalmitteln verfügen. Kreditgeberin ist GLS-Bank/Bochum. Auch hier sollen die jährlichen Kreditempfehlungsraten von derzeit ca. 15-20 gesteigert und neue Zielgruppen gefunden werden. Die Gewinnung weiterer Partner und die Arrondierung des Produktportfolios sind angestrebt. Angesichts der wirtschaftlichen Chancen und Potenziale, aber auch der sozialen Probleme in diesem Stadtteil, der das größte geschlossene Wohnbaugebiet in Nordrhein-Westfalens darstellt, geht die Wirtschaftsförderung von einer langfristigen Aufgabenstellung aus und strebt daher die Verstetigung ihrer Vor-Ort-Angebote an.
127	Quartiere fördern und profilieren, z. B. durch Verbesserung des gewerblichen Besatzes und die Nutzung von Hinterhöfen für Gewerbe und Kleinproduktion	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Im Zuge der bereits genannten ERFE-Ziel-II-Förderung für die Dortmunder Nordstadt (2011-2014) werden zwei weitere Teilprojekte der Lokalen Ökonomie durchgeführt: NORDSTERN Existenzgründungs- Unternehmens- und Kooperationswettbewerb; es handelt sich bei der Zielgruppe um bestehende Unternehmen oder Existenzgründer und –gründerinnen aus der Nordstadt, die an einem Wettbewerb teilnehmen. Der Weg von der ersten Idee bis zum nachhaltig tragfähigen Geschäftskonzept wird durch Coachings, Analysen, Konzepterstellungen und Workshops unterstützt. Die Prämierung der Geschäftskonzepte aus der Dortmunder Nordstadt findet durch eine aus

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<p>Unternehmern/innen besetzte Jury statt. Es winken "Preisgelder", die zweckgebunden zur Umsetzung der Ideen verwandt werden müssen. Profilierung kleinteiliger spezifischer Gewerbequartiere. Zielgebiete sind kleinräumige Karrees mit hohen Defiziten wie hoher gewerblicher Leerstandsrate in Ladenlokalen und Hinterhofwerkstätten, Problemdruck durch soziale Randgruppen und sog. "überforderte Nachbarschaften". Ein Gewerbeflächenmanager wird etabliert, der Hilfestellung bei der Sanierung, Inwertsetzung und Neunutzung leerstehender oder fehlgenutzter gewerblicher Immobilien gibt und neue Betriebe ansiedelt, die in der Regel der Nahversorgung des Bereiches dienen. Hilfen und Professionalisierungen für Eigentümer gewerblicher Immobilien und die Etablierung von Netzwerken werden gefördert.</p>
128	<p>Netzwerkbildung aller Gewerbetreibenden in der Nordstadt fördern durch die Zusammenarbeit der Wirtschaftsförderung, der IHK, der Kreishandwerkerschaft und Migrantenselbstorganisationen mit wirtschaftlichem Hintergrund</p>	<p>Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.4 (s. Fußnote 1)</p>	<p><u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Das angesprochene ERFE-Ziel-II-Programm für die Dortmunder Nordstadt (2011-2014) bietet zwei weitere Teilprojekte: Betreuung und Stärkung von Gewerbevereinen und Migrantenselbstorganisationen mit wirtschaftlichem Hintergrund (MSO). Darunter sind die Unterstützung der bestehenden Gewerbevereine (Borsigplatz, Münsterstraße, Schützenstraße) und von Migrantenselbstorganisationen mit wirtschaftlichem Hintergrund (DOGIAD International e.V., Partner e.V.) zu verstehen. Die Gründung mindestens einer neuen MSO soll initiiert werden. Eine spezifische Existenzgründungs- und Firmenberatung für Migranten/innen soll eingerichtet werden. Dazu sind Vernetzungen zu vielfältigen Migrantenselbstorganisationen und ethnischen Gemeinschaften vorgesehen. Ein System von "Ombuds-Leuten" wird in diesen Organisationen etabliert. Die genannten Aktivitäten sind mit Kooperationen verknüpft, welche als Partner insbesondere die IHK, die HWK und die Kreishandwerkerschaft ausweisen.</p>
129	<p>Verwaltung wird aufgefordert, in einem offenen Dialog mit den in Dortmund ansässigen Unternehmen zu erörtern, ob im Gebiet der Nordstadt eine Ansiedlung von sog. Interessenstandortgemeinschaften (home improvement districts) möglich ist.</p>	<p>Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt II. 1. (s. Fußnote 1)</p>	<p><u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Die Frage der Initiierung von Interessen- und Standortgemeinschaften in der Nordstadt wurde geprüft. Aus den Erfahrungen anderer Kommunen ergab sich, dass erfolgreiche Umsetzungen eine gewisse wirtschaftliche Substanz im Geschäftsviertel erfordern. Unter diesem Gesichtspunkt kommt ggf. der Bereich Münsterstraße in Frage. Im Rahmen des künftigen ERFE-Ziel-II-Programms für die Dortmunder Nordstadt (2011-2014) sieht ein Teilprojekt die Stärkung von Gewerbevereinen (z.B. Gewerbeverein Münsterstraße, Schützenstraße, Borsigplatz) und die Mithilfe bei der Weiterentwicklung ihrer Ziele vor. Ausdrücklich mit enthalten ist, die Idee einer Interessen- und Standortgemeinschaft gemeinsam mit der bereits aktiven Kaufmannschaft zu prüfen (siehe auch Pos. 147).</p>
130	<p>Verwaltung wird aufgefordert, im Rahmen eines offenen Dialogs mit der IHK zu Dortmund zu erörtern, wie in Dortmund renommierte</p>	<p>Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion,</p>	<p><u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Diese Mentoring-Idee wird von der Wirtschaftsförderung Dortmund als ambitioniert eingeschätzt, weil bereits vielfältige Netzwerkstrukturen bestehen und die schon bestehende zeitliche Belastung der Akteure die Gestaltungsmöglichkeiten einschränkt. Die auch in der Nordstadt sehr stark vertretenen Branchen</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	<p>Unternehmer im Rahmen eines Projektes "Unternehmer helfen Unternehmern" in der Nordstadt heimischen jungen Unternehmer(Innen) und Existenzgründer(innen) eine Plattform zum Interessenaustausch mit erfahrenen Unternehmerpersönlichkeiten bieten können.</p>	<p>03496-11-E1, Punkt II. 2. (s. Fußnote 1)</p>	<p>Einzelhandel, Dienstleistungen, Gastronomie und Handwerk stehen in einem intensiven Wettbewerb auf dem gesamten Marktgebiet Dortmund, was den notwendigen Solidarisierungseffekt mit dem Standort Nordstadt erschwert. Ferner reklamieren andere Stadtbezirke entsprechende Bedarfsituationen. Gleichwohl wird die Wirtschaftsförderung in gemeinsamen Gesprächen mit den Kammern Umsetzungsmöglichkeiten ausloten und ggf. eine Initiative starten.</p>
131	<p>Strukturierte Gewerbeansiedlung. Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der in der Nordstadt anzusiedelnden Gewerbebetriebe dafür Sorge zu tragen, dass die Gewerbebetriebe einem hohen Waren- und Dienstleistungsniveau entsprechen. Die Verwaltung wird zu diesem Zwecke die anzusiedelnden Gewerbebetriebe auffordern, eine unternehmerische Selbstverpflichtung abzugeben.</p>	<p>Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt II. 3. (s. Fußnote 1)</p>	<p>Siehe Antwort zu Pos. 5.</p>
132	<p>Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt, möglichen Standortinteressengemeinschaften, den Gewerbevereinen, Eigentümer- und Grundstücksgemeinschaften sowie allen weiteren Akteuren in der Nordstadt ein Konzept mit dem Ziel zu errichten, vermehrt die in der Nordstadt vorhandenen Hinterhöfe für kulturelle,</p>	<p>Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt III. 9. (s. Fußnote 1)</p>	<p>Siehe Antwort zu Pos. 127.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	gewerbliche und gastronomische Angebote zu nutzen.		
133	Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken mit dem QM Nordstadt ein Konzept mit dem Ziel zu erörtern, die Nordstadt als Ankerpunkt für Arbeit und Wohnen auszubauen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt V. 1. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Keine Zuständigkeit bei 61/7, auch nicht Quartiersmanagement. Hierzu müsste ein gesondertes Budget und ein gesonderter Auftrag vergeben werden. Hier müsste die Wirtschaftsförderung (Herr Nagusch) das Projekt Profilierung spezifischer Gewerbequartiere erläutern.
134	Rat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Projekte aus dem vom Rat am 25.06.2009 (DS-Nr. 14677-09 und 14678-09) beschlossenen Programm Soziale Stadt NRW Dortmund - Nordstadt nicht durchgeführt werden können "2.1.2 Nordhand", "2.1.3 Nordbildung", "2.1.7 Erfahrungstransfer lokaler Ökonomie"	Ratsbeschluss 21.07.2011, 03496-11, Punkt 5	Kein Arbeitsauftrag erkennbar, nur Kenntnisnahme .
135	Übergang Schule-Beruf. War bereits Urban-II-Projekt. Nachhaltigkeit wurde nicht genutzt, obwohl engagierte Menschen da waren. Welche Maßnahmen zur Verstetigung? Was perspektivisch fehlt, sind Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildungsstellen in Kleinbetrieben (hier auch ethnische Ökonomie): Z.B. Ausbildungsverbände, Ausbildungsverein.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Lokale Ökonomie: Die Fortführung des Urban II - Projekts „Netzwerk Übergang Schule/Beruf“ mit Unterstützung der RAA und dem VfZ e.V. hat ermöglicht, dass die Arbeit zur Begleitung und Förderung Jugendlicher von der Schule in die Arbeitswelt weiter optimiert werden konnte. In der Projektlaufzeit haben 460 Schülerinnen und Schüler eine Bewerbungsvermittlung erhalten, wovon 8,2% einen Ausbildungsvertrag abgeschlossen haben. Das Projekt hat zur Verbesserung und Aufwertung der Chancen innerhalb der Berufswahlorientierung und Zukunftsplanung der Jugendlichen einen wesentlichen Beitrag geleistet. Der „Markt der Berufe“ ist von der AFG, der RAA und der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund über das Jahr 2008 hinaus durchgeführt und qualitativ weiterentwickelt worden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

		Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	
136	Erhalt der bisherigen ARGE-Maßnahmen. Nicht zukunftsweisend. Perspektive: Nordstadt als Modellregion eines funktionierenden und menschenwürdigen sozialen Arbeitsmarkts.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Jobcenter:</u> Das Arbeitsmarktprogramm des Jobcenter ist bei der Planung der unterschiedlichen Instrumente auf die Möglichkeit von Förderketten ausgerichtet. Die Problemlagen bei lang anhaltender, sich verfestigender Arbeitslosigkeit sind vielfältig. Ein auf die Bedarfe der betroffenen Menschen abgestimmtes Förderkonzept muss erhalten bleiben, damit z.B. eine persönliche Stabilisierung, Festigung der Lebensführung, Heranführung an geregelte Arbeit, betriebliche Praktika und Qualifizierung möglich ist. Die Maßnahme „Ordnungs- und Präsenzdienste“ ist zwischenzeitlich keine Arbeitsgelegenheit mehr. Die Plätze sind in „Bürgerarbeitsplätze“ umgewandelt. Das Programm „Bürgerarbeit“ sieht vor, dass von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen für bis zu drei Jahre sozialversicherungspflichtig im gemeinnützigen/zusätzlichen Bereich tätig sind. Sie werden dabei von einem Job-Coach begleitet, der die Menschen unterstützt (Problemlösungsangebote, regelmäßige Treffen, Besuche am Arbeitsplatz) und bei bestehender Möglichkeit einen Arbeitsplatz auf dem regulären Arbeitsmarkt zu erschließen, die „Bürgerarbeiter“ unterstützt und begleitet.
137	Die Verwaltung wird beauftragt, in Kooperation mit der ARGE, ein Konzept für Öffentliche Beschäftigung in der Nordstadt zu entwickeln, um die AGH-Plätze in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umzuwandeln.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Fraktion Die Linke, 00852-10-E6, Punkt 3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Jobcenter:</u> Das Instrument „Bürgerarbeit“ wird auch in der Nordstadt zur Schaffung sozial versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse eingesetzt. Allerdings endet diese Förderung nach maximal drei Jahren. Der Bund senkt die dem Jobcenter zur Verfügung stehenden Mittel (Eingliederungstitel) massiv ab und hat ab 2012 entscheidende Veränderungen bei der Ausgestaltung der öffentlich geförderten Beschäftigung vor. Die finanzielle Kompensation der wegbrechenden Bundesförderung durch die Kommune ist unrealistisch.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	3.4 Kultur	Grundlage	Sachstand
138	Unterstützung und Stärkung der freien Kulturszene in der Nordstadt	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.6 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Kulturbetriebe 41 :</u> In der Nordstadt trägt eine breite Facette von Förderprogrammen sowie Veranstaltungen des Kulturbüros zur Stärkung der freien Kulturszene bei. Hier sind zu nennen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einbindung von Partnern in der Nordstadt in herausgehobene gesamtstädtische Programme und Festivals <ul style="list-style-type: none"> - Kulturhauptstadt Europas Ruhr 20.10 - Fußball-WM und ähnliche Anlässe - Internationale Kulturtage der Stadt Dortmund „Scene: in nrw“ - Literaturfestival Les Art - Theaternacht - Theaterfestivals favoriten/ theaterzwang, Dortmunder Schul-und Jugendtheaterfestival - Kulturpädagogische und interkulturelle Projekte - Präsentation der Schulkultur-Ergebnisse eines Jahres: Big Spot im depot - Jugendtanzfest „Get on stage“: vom theater im depot konzipiert, vom Kulturbüro gefördert (Aufführung aus Platzgründen inzwischen im FZW). - Einbindung des „Sweet sixteen Kinos“ in gesamtstädtische Filmfestival- Aktivitäten 2. Das Förderprogramm für die freien Kulturzentren <ul style="list-style-type: none"> - Institutionelle plus Projektförderung für die Zentren - Künstlerhaus Sunderweg - depot sowie theater im depot (plus Mietkostenzuschuss) - roto theater sowie Kultur-Projektförderung für den „Langen August“. 3. Förderung von Stadtteilkulturprojekten (mit den ‚Spenden-Mitteln der Sparkasse Dortmund) Projekte von Künstlern/innen und Bürgern/innen, Antrag an die BZV zur Entscheidung und Abstimmung mit Förderkriterien Kulturbüro. 4. Förderung interkultureller Projekte im Stadtbezirk (ebenfalls Spendenmittel Sparkasse Dortmund) z.B. Förderung Hoeschparkfest, Internationale und Interkulturelle Wochen in der Nordstadt unter Beteiligung freier Künstler. 5. Förderung stadtweit agierender Interkulturprojekte (die ebenso in der Nordstadt stattfinden können) <ul style="list-style-type: none"> - z.B. Förderung der Deutsch-Türkischen Buchmesse, Iranisches Theaterfestival, Deutsch-Türk. Filmfestival ist in Planung, 6. Anwendung des Landesförderprogramms „Kultur und Schule“, Kooperation mit STA 40/ Regionales Bildungsbüro - Jährlich Förderung von ca. 5 Schulprojekten in der Nordstadt: professionelle

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<p>Künstler in der Schule, Dauer: 1 Schuljahr, Präsentation bei „Big Spot im depot“ möglich</p> <p>7. Förderprogramm „Kulturelle Bildung im Vorschulalter“ Förderung von KITA- Projekten mit professionellen Künstlern durch das Kulturbüro, Projektförderung auf Antrag an das Kulturbüro</p> <p>8. Förderung des Internationalen Kulturaustausches/ Städtepartnerschaften: Kooperation mit Beyoglu/Istanbul zu Stadtfesten , Austausch von Künstlern/innen und Ausstellungen I.R. der finanziellen Möglichkeiten Übernahme von Reisekosten von Künstlern zu Stipendien, Auftritten oder Ausstellungen im Ausland</p> <p>9. Kindertheater vor Ort und Kindertheater in den Schulen Das Kulturbüro schlägt mehrere professionelle Kindertheater- oder Liedermacher jährlich vor, Schulen, Kultureinrichtungen oder Stadtteilfeste (aus allen Bezirken) können diese Kindertheater einladen, das Kulturbüro übernimmt die Gagenkosten und beauftragt die Gruppen.</p> <p>10. Förderung herausgehobener Einzelprojekte der freien Kulturszene Hier wurden bereits mehrfach die „Offenen Ateliers in der Nordstadt“ (ca. 90 beteiligte Einzelkünstler/innen) gefördert, die KulturMeileNordstadt war ebenso beteiligt wie Künstlerhaus und depot.</p> <p>Aufgrund der Vielzahl der Akteure und professionellen Künstler/innen in der Nordstadt werden zahlreiche Maßnahmen gefördert. Eine Ausweitung von Maßnahmen ist derzeit aufgrund der knappen Budgets i.R. der Konsolidierung des städtischen Haushaltes nicht umsetzbar. Neben den genannten Programmen des Kulturbüros für die Freie Kulturszene ist ein weiteres wichtiges Förderprogramm zu nennen, das bereits Kindern im Grundschulalter barrierefrei den Zugang zur Musik ermöglicht: Die Musikschule Dortmund erreicht <i>gesamtstädtisch</i> bereits 75 Grundschulen, verteilt über alle Bezirke, mit dem Ruhr 2010- Förderprogramm JEKI- Jedem Kind ein Instrument. Dies sind derzeit weit über 8.000 Kinder, die unabhängig vom sozialen oder finanziellen familiären Hintergrund ein Instrument erlernen können.</p>
139	Projekte wie „Musik.Kultur.Picknick“ verstetigen und dauerhaft etablieren	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.6 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die jährliche Aktion Musik.Kultur.Picknick wird derzeit durch die Wohnungswirtschaft finanziert und durch das Quartiersmanagement unterstützt. Die einzelnen Veranstaltungen werden über Patenschaften, wie das Subrosa, Roxy Kino, etc. durchgeführt. Mit diesem Ansatz soll die Veranstaltungsreihe langfristig in die Nachhaltigkeit überführt werden.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

140	<p>Kombi-Ticket Kultur. Die Verwaltung wird beauftragt, im Dialog mit den kulturellen Sparten (Kulturbetriebe, Theater, Schauspiel, Oper etc.) sowie dem Jugendamt, dem EB FABIDO und den freien Trägern die Einführung eines Kombi-Tickets (Arbeitstitel) zu eruiieren, mit dem die Möglichkeit offeriert wird, für eine Kulturveranstaltung einen Babysitterdienst / eine Betreuungsmöglichkeit zu buchen. Kombi-Ticket soll in der Nordstadt beworben werden.</p>	<p>Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt IV. 1. (s. Fußnote 2)</p>	<p><u>Information durch Kulturbetriebe 41:</u> Der Antrag schlägt die Einführung eines Kombi-Tickets von Kulturveranstaltung und Babysitterdienst vor. Dem Kulturbüro sind derzeit weder in Dortmund noch außerhalb Dienstleister bekannt, die für eine hohe und ständig variierende Anzahl von Betreuungsleistungen kurzfristig und flexibel mit ausreichendem Personal ausgestattet wären, zumal ggfls. auch für eine zuverlässige Vertretung bei Ausfall von zugesagten Betreuern gesorgt sein müsste. Die Betreuung von Kleinkindern ist darüber hinaus eine sehr persönliche Dienstleistung, die in hohem Maße vom Elternwillen, ihren Anforderungen und personenbezogenem Vertrauen zu dem dienstleistenden Betreuer geprägt ist. Sie wird daher individuell und oft für längere Zeiträume entschieden und findet – gerade in den Abendstunden- in der Regel in der vertrauten Umgebung zuhause statt. Wechselnde Betreuer und- Orte werden ggfls. auch von den Betreuten nicht akzeptiert. Ferner würde die städtische Vermittlung einer solchen Dienstleistung Haftungsfragen aufwerfen, die zu unklaren Rechtslagen und Schadenersatzforderungen führen können. Eine kostendeckende Preisgestaltung für das erforderliche zusätzliche Personal und geeignete Räume wäre im Blick auf die Konsolidierung des städtischen Haushaltes notwendig, würde aber große Teile der angesprochenen Nutzer ausschließen. Aus den beschriebenen Gründen kann die direkte Anbindung von Babysitter-Diensten an den Kauf eines Kulturveranstaltungstickets für die öffentlichen Dortmunder Kultureinrichtungen von Seiten des Kulturbüros nicht empfohlen werden. Inwieweit einzelne Kulturveranstalter mit tagsüber stattfindenden Angeboten eine ergänzende Kinderbetreuung anbieten oder ggfls. in Kooperation mit räumlich nahe gelegenen Betreuungsdiensten bewerben können, muss von diesen im Einzelfall entschieden werden.</p> <p><u>Information durch7/Familienprojekt:</u> Sollte es realisiert werden und die Kulturbetriebe auf uns zukommen, würden wir sicherlich unseren Babysitterdienst einbringen.</p>
141	<p>Nordstadt-Kulturtage. Rat spricht sich grundsätzlich für die Einführung einer jährlichen mehrtägigen Kulturveranstaltung in der Nordstadt an exponierter Stelle aus. Ziel sind die Nordstadt-Kulturtage (Arbeitstitel), an denen die in der Nordstadt kulturell und künstlerisch agierenden Akteure ein repräsentatives Forum zur Darstellung ihrer Kunst und</p>	<p>Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt IV. 2. (s. Fußnote 2)</p>	<p><u>Information durch Kulturbetriebe 41:</u> Im vorliegenden Antrag wird ein jährlich wiederkehrendes mehrtägiges Event mit überregionaler Strahlkraft vorgeschlagen, das im Dialog mit der Kulturmeile Nordstadt e.V. die künstlerischen und kulturellen Strömungen der Nordstadt präsentiert. Die Stadt Dortmund führt seit einigen Jahren die „Internationalen und Interkulturellen Wochen“ über ca. je 2 Wochen in der Nordstadt jährlich durch. Hier sind über 40 Veranstalter und Organisationen aus diesem Stadtbezirk an der Organisation beteiligt, unter anderem Internationale und interkulturelle Arbeitskreise, die Bezirksvertretung, der Integrationsrat der Stadt Dortmund, Kirchen- und Moscheegemeinden, die Kulturbetriebe der Stadt Dortmund, pro Jazz, das Quartiersmanagement aller Nordstadtquartiere, das Wichern und die Kulturmeile Nordstadt. e.V.. Integriert sind das interkulturelle Münsterstraßenfest und das Familienfest im Hoeschpark. Die Kulturakteure und die internationalen Vereine und Künstler der Nordstadt stellen sich auf mehreren</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	Kultur erhalten. Das Event soll im Dialog mit der KulturMeileNordstadt e.V. erfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit und in welchem Umfang hierfür Ziel II Mittel angesetzt bzw. umverteilt werden können.		Bühnen und mit vielen Aktionen vor. Ziel dieses Veranstaltungskonzeptes ist die Bündelung der Kulturfeste in der Nordstadt und die Präsentation des kulturellen Potentials durch ein effektives Marketing auch für Besucher/innen aus ganz Dortmund. Die Koordination hat die Dortmund-Agentur inne. Die Veranstaltungen sind bisher immer auf gute Publikumsresonanz gestoßen. Nach Einschätzung von 41/KB erfüllt diese Veranstaltung die im o. g. Antrag geschriebenen Anforderungen und Kriterien und ist bereits existent.
	3.5 Sport und Freizeit	Grundlage	Sachstand
142	Erstellung eines Betreiberkonzepts für den Hoeschpark	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb 52/1 - Sport:</u> Die Betriebsführung des Hoeschparks wurde mit Vertrag vom 12.03.2004 auf die Sportwelt gGmbH übertragen. Die Sportwelt Dortmund gGmbH wurde inzwischen gebeten, ein Betriebskonzept zu erstellen.
143	Schaffung von Bewohnergärten	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 4.3 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb 52/5-Stadtgrün:</u> Öffentliche Grünflächen stehen für die Anlage für Bewohnergärten nicht zur Verfügung. Inwieweit sonstige unbebaute Grundstücke im städtischen Eigentum - ggfls. auch temporär - genutzt werden können, ist durch StA 23 zu prüfen. EB 52/5-1 (Planung) kann bei Bedarf Beratungen übernehmen. <u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Das Quartiersmanagement kann als Impulsgeber die Bewohner unterstützen.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

144	Nutzung der Sporthallen: Erfolgt häufig durch Vereine aus anderen Stadtbezirken. Angebote zur Integration von Jugendlichen aus der Nordstadt ausbauen.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb 52:</u> Die Vergabe der Nutzungszeiten in den Sporthallen erfolgt aufgrund einer entsprechenden vertraglichen Vereinbarung stadtweit durch den sog. Hallenausschuss, dem der Stadt-Sport-Bund Dortmund e.V., die Fachschaften der Ball spielenden Mannschaftssportarten (Handball, Basketball, Volleyball) sowie der Geschäftsbereich Sport der Sport- und Freizeitbetriebe (SFB) angehören. Da für die Ausübung des Trainings- und Spielbetriebes dieser Sportarten „Drei-Feld-Hallen“ benötigt werden, von denen es derzeit 27 gibt, erfolgt die Vergabe der Nutzungszeiten zwangsläufig stadtbezirksübergreifend, um diese Bedarfe zu befriedigen. Die SFB führen keine speziellen Sportangebote durch, von daher ist eine Aussage zur letzten Formulierung von hier nicht möglich.
145	Freibad Stockheide: Aussagen zu Sanierungsmaßnahmen fehlen. Die drohende Schließung wird nicht erwähnt.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb 52:</u> Der Rat der Stadt hat bereits beschlossen, dass das Freibad Stockheide nicht geschlossen werden soll. Insoweit gibt es auch keine "drohende Schließung", die zu erwähnen wäre. Mit Hilfe kleinerer Reparaturen war es bisher immer wieder möglich, den Betrieb des Bades in der Sommersaison sicherzustellen. Hinsichtlich der insgesamt dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen wird derzeit von der Betreiberin, der Sportwelt Dortmund gGmbH, ein erstes Sanierungskonzept entwickelt. Völlig ungeklärt ist derzeit allerdings die Frage der Finanzierung.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

146	DFB-Mini-Spielfeld: Ermöglichung der Nutzung außerhalb der Schulzeiten ermöglichen. Patenschaften ? Schlüsselausgabe auch am Wochenende ? Pflege der Anlage ?	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb 52:</u> Für das DFB-Mini-Spielfeld werden in Kürze Nutzungszeiten von 15.00 – 19.00 Uhr, somit außerhalb der Schulzeiten eröffnet.
	3.6 Imageverbesserung	Grundlage	Sachstand
147	Entwicklung der Münsterstraße zum Einkaufsstandort mit internationalem Flair und Alleinstellungsmerkmal	Ratsbeschluss 31.03.2011, Antrag SPD-Fraktion, 03691-11-E6, Punkt 3.2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Eigenbetrieb Wirtschaftsförderung:</u> Jährlich einmal wird die "Internationale Woche" in der Dortmunder Nordstadt durchgeführt. Sie beginnt traditionell mit dem Münsterstraßenfest, welches neben dem Freizeitcharakter auch als "Schaufenster der Nordstadt" und damit als Leistungsschau der Betriebe des Einzelhandels, der Dienstleistungen und des Handwerks auf der Münsterstraße verstanden werden kann. Im Rahmen der für die Dortmunder Nordstadt mit Bescheid vom 30.08.2011 bewilligten ERFE-Ziel-II-Förderung (2011-2014) sieht ein Teilprojekt die Stärkung von Gewerbevereinen (z.B. Gewerbeverein Münsterstraße) und die Mithilfe bei der Weiterentwicklung ihrer Ziele vor.
148	Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenwirken aller Akteure (z. B. QM, Gewerbevereine etc.) die zentralen Zugänge zur Nordstadt - analog zum Kaiserstraßenviertel - attraktiv und einladend z. B. mit einem Bezirks-/Begrüßungsbanner auszustatten.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt V. 3. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Im Rahmen des Stadtbezirkmarketing als Teilprojekt des Programms Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt ist geplant, verschiedene Marketingaktionen für den Stadtteil durchzuführen, unter anderem ist hier auch ein Konzept zur Entwicklung einer Marke Hoeschparkviertel vorgesehen. In diesem Zusammenhang sollen die östlichen Eingänge entsprechend ausgestattet werden. Ergänzend soll die Situation des Eingangs Brinkhoffstraße durch eine Brückengestaltung verbessert werden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

149	Verwaltung wird beauftragt sich dafür einzusetzen, die FH (Fachbereich Design, Film, Foto) für die Erstellung eines Werbefilms-Nordstadt zu gewinnen.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt V. 4. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Der Hinweis wird für das Projekt Stadtbezirksmarketing als Teilprojekt des Programms Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadtmittel aufgenommen
150	Rat spricht sich für die Installation eines Nordstadt-Symbols aus und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines entsprechenden Ideenwettbewerbs.	Ratsbeschluss 21.07.2011, Antrag FDP-Fraktion, 03496-11-E1, Punkt V. 5. (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Für die Nordstadt existiert eine Marke, die im Rahmen URBAN II entwickelt wurde. Das bekannte URBAN II Logo wird derzeit nur noch durch das Quartiersmanagement eingesetzt. Es ist zu überlegen, ob das Bekannte weiterhin Bestand haben soll und wieder in die Breite getragen werden kann. Dies setzt voraus, dass hierzu ein Identifikationsprozess in Gang gesetzt wird und von den Akteuren und Projektpartnern im Stadtteil das Logo benutzt wird. Dieser Identifikationsprozess ist mit dem Projekt Stadtbezirksmarketing aus dem Programm Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt durchzuführen.
151	Die Aussage: "Durch Urban-II habe sich das Image verbessert." Gibt es konkrete Evaluationen auf der Basis von Messergebnissen, die diese Aussage belegen? (Umfragen).	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Imageverbesserung: Eine Umfrage, im URBAN II Zeitraum fand von Anfang Mai bis Mitte Juni 2007 statt. Insgesamt wurden 823 Personen befragt, von denen über 50 % der Personen eine Verbesserung in der Nordstadt durch das EU-Förderprogramm URBAN II wahrgenommen haben.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

152	Ehrenamt. Konkretisierung erforderlich. Welche Maßnahmen sind geeignet zur Förderung einer Anerkennungs- und Wertschätzungskultur, welche die Übernahme eines Ehrenamtes erleichtern?	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Das Thema Ehrenamt soll zukünftig einen noch stärkeren Schwerpunkt erhalten. Insbesondere mit den verschiedenen Projekten aus dem Förderprogramm Soziale Stadt NRW – Dortmund Nordstadt wird dieses Thema bei den unterschiedlichsten Projekten berücksichtigt. Im weiteren Konzept werden die Einsatz- und Aktivierungsmöglichkeiten konkretisiert.
	3.7 Sonstiges	Grundlage	Sachstand
153	Stadtteilzeitung und Internetportal. Wichtig ist der Aufbau einer von Bürgern getragenen Zeitung. Die "nordmund" (Urban-II-Zeitung) ging unter, als das Geld aus war. Während Urban-II gab es mehrere angefangene Internetportale ohne Redaktion und Inhaltsmanagement. Ausschreibung einer Stadtteilzeitung, Einbeziehung junger Designerbüros in der Nordstadt	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Eine neue Ausgabe der „nordmund“ wurde im November 2010/September 2011 verteilt. Es ist auch weiterhin geplant diese Zeitung aufrechtzuerhalten. Das neue Quartiersmanagement wird die Redaktion fortführen. Ziel ist es, mindestens zwei Ausgaben pro Jahr heraus zu geben.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

4. Allgemeines			
	4.1 Finanzen	Grundlage	Sachstand
154	Rat beschließt die angepasste Finanzübersicht zu den damaligen Vorlagen DS-Nr. 14677-09, 14678-09 und 01206-10	Ratsbeschluss 21.07.2011, 03496-11, Punkt 6	Kein Arbeitsauftrag erkennbar, nur Beschluss .
155	Überarbeitung/Ergänzung um eine Darstellung möglicher alternativer Fördermöglichkeiten für die Projekte der Stufen 2 und 3	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 61:</u></p> <p>Stufe 2: Es gibt keine alternativen Fördermöglichkeiten für die Projekte der Stufe 2, welche sich auf das Soziale Stadt Programm Dortmund-Nordstadt beziehen. Ende 2010 ist ein Zuwendungsbescheid zur Umsetzung des Jahresförderprogramms 2010 eingegangen. Dieser bezieht sich auf folgende Einzelprojekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hof-, Fassaden und Lichtgestaltung – Teil I - Immobilienstandortgemeinschaften - Schüler helfen Schülern - Stärkung der Erziehungs- und Bildungskompetenz - Problemgruppen im öffentlichen Raum (Alkoholabhängige) <p>Die Umsetzung dieser o.g. Projekte wird nur im Zusammenhang mit den weiteren beantragten Teilprojekten zum Programm Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt erfolgen. Die Bezirksregierung Arnsberg hat für alle der übrigen Projekte den vorzeitigen Maßnahmebeginn genehmigt. Die Projekte beginnen überwiegend noch im 3. Quartal 2011.</p> <p>Stufe 3: Bei den Projekten der Stufe 3 wird der „Nordmarkt“ priorisiert. Sowohl durch StA 52, als auch durch Mittel des Aktionsplans Soziale Stadt sind und sollen hier kurzfristig kleinere Änderungen erfolgen oder sind schon erfolgt (Paradiesgärtchen, farbliche Gestaltung des Nordmarktkiosk und des Toilettenhäuschens etc.). Das Ordnungsamt konnte zwischenzeitlich die acht unbesetzten Planstellen bei der Ordnungspartnerschaft besetzen und damit die ursprüngliche personelle Sollstärke von 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wiederherstellen. Die Umsetzung der vom Rat der Stadt am 26.11.09 beschlossenen Aufstockung der Ordnungspartner auf 35 bzw. 45 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht bevor.</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

156	Hinsichtlich der erwähnten Abhängigkeit der Umsetzung des Konzepts von der aktuellen Haushaltssituation bestätigt der Rat seinen Beschluss vom März 2010 im Haushalt noch zur Verfügung stehende Mittel Dezernats übergreifend vorrangig in die Bereiche Kinder, Jugend und Bildung zu lenken.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 4 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Die Entscheidung zur Verschiebung von Mitteln in die Bereiche Kinder, Jugend und Bildung obliegt den politischen Gremien.
157	Anteil der städtischen Mittel. Ist die Kürzung der Leistungen für freie Träger um 10 % aus dem Haushaltssicherungskonzept schon eingerechnet? Generell fehlen Aussagen zu den Folgen durchgeführter und weiterer Kürzungen.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch 5/Dez:</u> Soziale Nordstadt: Die Kürzungen sind in Abstimmung mit den Verbänden der freien Wohlfahrtsverbände nach fachlichen Kriterien umgesetzt worden. Der Mitteleinsatz erfolgt unter Bedarfskriterien nach gemeinsamer Abstimmung. So sind zum Beispiel keine Kürzungen in Zusammenhang mit dem Drogenkonsumraum erfolgt.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

158	Aktionsfonds: Konkrete Aussagen zur finanziellen Ausstattung fehlen. Handlungsbedarf auch vor dem Hintergrund der bisherigen Erfolge.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6, Empfehlung GRÜNEN Fraktion BV In-Nord vom 28.04.2010 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Die Aktionsfonds betragen 5.000 € pro Aktionsraum. Die drei Quartiere Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz erhalten somit zusammen 15.000 € pro Jahr.
	4.2 Analysen	Grundlage	Sachstand
159	Das Konzept "Lebenswerte Nordstadt" wird zunächst als Bestandsaufnahme der Aktivitäten für eine lebenswerte Nordstadt gewertet.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 1 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Das vorliegende Konzept erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Konzept enthalten sind fast ausschließlich städtische Maßnahmen und Projekte. Im Rahmen des „Aktionsplan Soziale Stadt“ entsteht derzeit eine Datenbank zu den Angeboten, an denen sich auch freie und private Träger in der Nordstadt beteiligen können. Auf dieser Grundlage könnte eine Vervollständigung erreicht werden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

160	Überarbeitung/Ergänzung um eine Auflistung bisher nicht aufgeführter, bereits begonnener Maßnahmen wie z. B. komm.kids.com im Keuninghaus oder Jugendförderkreis Mallinckrodtstraße	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	Siehe Antwort zu Pos. 159.
161	Überarbeitung/Ergänzung um eine Analyse der bestehenden Maßnahmen im Hinblick auf inhaltliche Lücken. Hier ist vor dem Hintergrund des Leitbildes aus dem Jahr 2005 darzustellen, in welchen Bereichen es Bedarfe für weitere Maßnahmen gibt bzw. welche sich neu ergeben.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Das Leitbild aus 2005 ist Grundlage des integrierten Stufenkonzepts für eine lebenswerte Nordstadt. Es stellt die Zieldefinition für die Entwicklung in der Nordstadt bis 2020 dar. Durch die zuständigen Fachbereiche erfolgt eine kontinuierliche Weiterentwicklung der dazu erforderlichen Instrumente, Projekte bzw. Maßnahmen.
162	Überarbeitung/Ergänzung um eine Analyse der Erkenntnisse der Urban-II-Projekte und anderer vorhandener Evaluationen. Hierbei ist insbesondere darzustellen, welche messbaren Erfolge es in den bisherigen Projekten gab und welche Konsequenzen dadurch für	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen,	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Die Ergebnisse der URBAN II-Projekte wurden als Bericht an die EU weitergeleitet. Ein Ergebnis der EU-Kommission liegt seit Januar 2011 vor, sodass eine Berechtigung zur Berichtsfreigabe somit durch die EU-Kommission erteilt ist. Eine Vorlage mit den Ergebnissen ist den Gremien vorgelegt worden. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ergebnisse des EU-Gemeinschaftsinitiativ Programms URBAN II weit über den Zielzahlen liegen. Für das Programm Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt wurde auf der Basis der URBAN II Erfahrungen ein System zur Selbstevaluation entwickelt. Dieses System wird flächendeckend über die Projekte des o.g. Programms angewendet. Ergänzend wurde dieses System auch auf die Projekte des Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund übertragen.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	weitere Planungen entstehen.	00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	
163	Überarbeitung/Ergänzung um einen Zeitplan zur Umsetzung der aufgeführten Maßnahmen der Stufen 2 und 3	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61/7:</u> Der Zeit-Maßnahmeplan für die Projekte der Stufe 2 (EU-Ziel 2 Förderprogramm Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt) wird derzeit erstellt. Das Programm hat im II. Quartal begonnen und läuft bis zum 31.12.2014.
164	Überarbeitung/Ergänzung um eine konkrete Darstellung der Aufgaben- und Kompetenzverteilung der verwaltungsinternen ressortübergreifenden Projektgruppe Lebenswerte Nordstadt	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 1:</u> Die Verwaltung hat eine ressortübergreifende, verwaltungsinterne Struktur erarbeitet und eine verwaltungsinterne Abstimmungsrunde eingerichtet, um bereits laufende Aktivitäten aufeinander abzustimmen und ein gemeinsames Vorgehen sowie Perspektiven zu erarbeiten. Diese Akteure bilden zugleich die vom Rat der Stadt beschlossene Projektgruppe "Lebenswerte Nordstadt". Der frühere Konsultationskreis Nordstadt wird in neue zivilgesellschaftliche Strukturen im Einvernehmen mit der BV Nord integriert.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

165	Überarbeitung/Ergänzung um eine Beschreibung der Besetzung, Aufgaben- und Handlungskompetenzen des Steuerungsgremiums, das als Beratungs- und Entscheidungsinstanz in den zukünftigen Prozess eingebunden werden soll. VertreterInnen der Fraktionen des Rates und der BV-In Nord sind in das Steuerungsgremium einzubeziehen.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 1:</u> Siehe Antwort zu Pos. 164. Der angeführte Hinweis wurde in den Optimierungsprozess einbezogen.
166	Hinsichtlich weiterer einzelner inhaltlicher Korrekturen werden unter anderem die Anmerkungen und Fragestellungen in dem von der GRÜNEN Fraktion in der BV In-Nord am 28.04.2010 eingebrachten Papier zugrunde gelegt.	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, An- trag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 6 (s. Fußnote 1)	Ein Eintrag ist hier nicht erforderlich, da die inhaltlichen Anmerkungen bereits durch die verschiedenen Textbeiträge in den Positionen zum Thema „Lebenswerte Nordstadt“ behandelt wurden.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

	4.3 Leitbild	Grundlage	Sachstand
167	Überarbeitung/Ergänzung um eine Überprüfung und ggf. Weiterentwicklung des Leitbildes aus 2005	Ratsbeschluss 08.07.2010, Empfehlung AUSWI 23.06.10, Antrag Bündnis 90/Die Grünen, 00852-10-E3, Punkt 2 (s. Fußnote 1)	Siehe Antwort zu Pos. 161.
	4.4 Integriertes Stufenkonzept „Lebenswerte Nordstadt“	Grundlage	Sachstand
168	Der Rat stimmt dem integrierten Konzept für eine lebenswerte Nordstadt zu und beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage die Umsetzung vorzubereiten, sodass die einzelnen aufgeführten Teilmaßnahmen zu den Themen Sauberkeit, Sicherheit, Soziales, Image, Wohnen, Integration, Kinder und Jugend, Bildung, Arbeit/Lokale Ökonomie und Stadterneuerung entsprechend des Stufenkonzepts durchgeführt werden können.	Ratsbeschluss 08.07.2010, 00852-10 (s. Fußnote 1)	<u>Information durch Fachbereich 61:</u> Der Rat hat die Bildung einer Projektgruppe beschlossen (s. Pos. 169), die entsprechend gearbeitet hat. Die Ergebnisse sind unter Position 168 – Sachstand - dargestellt. Die einzelnen Teilmaßnahmen wurden in den zuständigen Fachbereichen konkretisiert. Mit der Umsetzung wurde größtenteils begonnen.

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

168	Aktueller Sachstand integriertes Stufenkonzept für eine „Lebenswerte Nordstadt“	<p>Das integrierte Stufenkonzept für eine „Lebenswerte Nordstadt“ setzte in 2010 als Schwerpunkt für einen zukünftigen Interessensausgleich in der Nordstadt die Handlungsfelder Sauberkeit, Sicherheit, Soziales. Ergänzend wurden die Handlungsfelder Wohnen, Image, Integration/Interkultur, Kinder und Jugendliche, Bildung, Arbeit/Lokale Ökonomie als weitere Grundsteine gesehen, um Bewohner langfristiger an den Stadtteil zu binden, eine Durchmischung der Bewohnerstrukturen zu unterstützen und den Standort positiv zu gestalten. Die Maßnahmen der Stadterneuerung und des „Aktionsplans Soziale Stadt Dortmund“ wurden in die einzelnen Handlungsfelder einbezogen. Als besonders wichtig wurde es gesehen, im weiteren Verlauf auf die zukünftigen Entwicklungen der Nordstadt passgenau zu reagieren. In diesem Zusammenhang wurde die Mitarbeit der Bewohnerinnen und Bewohner, der Akteure im Stadtteil, der Politik, der Polizei und der Verwaltung als essentieller Baustein beurteilt, um den Integrationsstadtteil Nordstadt lebenswert zu entwickeln.</p> <p>Eineinhalb Jahre nach dem Prozessauftritt haben sich die Ziele und Rahmenbedingungen nicht wesentlich geändert. Die unterschiedlichen Fachbereiche haben je nach Zuständigkeit und Möglichkeiten möglichst viele Maßnahmen durchzuführen. Zukünftig ist es bei einer Fortschreibung geplant die Bereiche Stadtplanung und Kultur als eigene Handlungsfelder mit aufzunehmen.</p> <p>Die Umsetzung des Konzepts wurde auf der Grundlage eines vierstufigen Verfahrens betrachtet. Aus diesem Grund wurden die Maßnahmen und Lösungsstrategien für die Problemlagen in folgende vier Umsetzungsstufen untergliedert:</p> <p>Die Stufe 0 = Maßnahme „läuft“, bedeutet, dass ein Projekt z. Zt. durchgeführt wird. In der Stufe 1 wurden alle nicht durch die Bezirksregierung Arnsberg zustimmungspflichtigen Maßnahmen zur Umsetzung vorgeschlagen. Hierzu zählen personelle Umstrukturierungen innerhalb der Verwaltung, Maßnahmen, die bereits begonnen haben und die auf der Grundlage der Haushaltssituation geplant sind bzw. in 2010 weitergeführt werden können (z.B. Förderung und Erweiterung des Ehrenamts) oder aber Maßnahmen die Einnahmen erzielen. Ebenso beinhaltet die Stufe 1 Maßnahmen, die bereits geplant sind und mit Genehmigung des städtischen Haushalts umgesetzt werden sollten. Die Stufe 2 beinhaltet die Maßnahmen EU-Ziel 2 geförderten Landesprogramm „Soziale Stadt NRW - Dortmund Nordstadt“. In der Stufe 3 werden die noch nicht geplanten Mittel, die neu für Projekte zu veranschlagen sind, berücksichtigt.</p> <p>Aktueller Sachstand zum integrierten Stufenkonzept für eine „Lebenswerte Nordstadt“ Zusammenfassend lässt sich aktuell feststellen, dass die „laufenden“ Projekte (Stufe 0) überwiegend auch weiterhin durchgeführt werden.</p> <p>Die Projekte und Maßnahmen der Stufe 1, konnten erst nach Aufhebung der haushaltslosen Zeit nach dem 02.10.2010 begonnen werden und werden derzeit überwiegend durchgeführt.</p>
-----	--	--

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag

			<p>Die geförderten Projekte der Stufe 2 der Stadterneuerung wurden bzw. werden derzeit sukzessive begonnen. Der Umsetzungszeitraum ist auf den 31.12.2014 beschränkt, d.h. das bis zu diesem Zeitpunkt alle Projekte umgesetzt sein müssen. Ein Zuwendungsbescheid liegt vor, ein letzter Zuwendungsbescheid wird Ende 2011 erwartet. Ziel ist es für alle Projekte eine Nachhaltigkeit sicherzustellen. Die Projekte aus dem Programmschwerpunkt 1 „Neue Urbanität und Image“ werden derzeit vorbereitet und können überwiegend kurzfristig begonnen werden. Die Projekte des Programmschwerpunkt 2 „Lokalen Ökonomie/Beschäftigung“ sind derzeit in der Vorbereitung und werden kurzfristig beginnen können. Gestartet sind bereits die Projekte aus dem Programmschwerpunkt 3 „Soziale und ethnische Integration“, wie Schüler helfen Schülern, Schuldenprävention, Gewaltprävention, Stärkung der Erziehungs- und Bildungskompetenz, Jugendforum und Problemgruppen im öffentlichen Raum. Die Stufe 2 ist somit im Konzept gänzlich aufgelöst. Die beschriebenen Projekte sind nun unter Stufe 0 („läuft“) oder Stufe 1 (kurzfristig umsetzbar) zu fassen.</p> <p>Von den Maßnahmen der Stufe 3 konnte bisher nur Ausweitung der Präsenz der Ordnungspartnerschaft umgesetzt werden. Die anderen aufgeführten Maßnahmen sind weiterhin der Stufe 3 zuzuordnen.</p>
169	Einrichtung einer Projektgruppe zur Umsetzung des Konzeptes	Ratsbeschluss 08.07.2010, 00852-10 (s. Fußnote 1)	<p><u>Information durch Fachbereich 1:</u> Zur Umsetzung der Ratsbeschlüsse und der Verwaltungsvorschläge zur Nordstadt ist ein langfristiges und abgestimmtes Handeln innerhalb der Verwaltung notwendig, damit das städtische Gesamtkonzept sichtbar wird und nach außen kommuniziert werden kann. Dieses Gesamtkonzept befasst sich u.a. mit der Fortentwicklung des integrierten Stufenkonzeptes zur "Lebenswerten Nordstadt". Die wesentlichen Akteure innerhalb der Verwaltung setzen sich regelmäßig zusammen, um bereits laufende Aktivitäten aufeinander abzustimmen und ein gemeinsames Vorgehen sowie Perspektiven zu erarbeiten. Diese Akteure arbeiten im Sinne der vom Rat der Stadt beschlossenen Projektgruppe "Lebenswerte Nordstadt".</p>

Fußnote:

¹ Ratsbeschluss mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

² Prüfauftrag